



Impressum

Herausgeber	STADT FORUM POTSDAM Dipl. Ing. Albrecht Gülzow Dipl. Phil. Saskia Hüneke Dipl. Ing. Philipp Jamme Kay-Uwe Kärsen Dipl. Ing. Hajo Kölling Dr. Susanne Köstering Dipl. Ing. Dieter Lehmann Dr. Volker Pohl Dr. Fritz Reusswig Prof. Dipl. Ing. Bernd Steigerwald Dipl. Ing. Christian Wendland Maria Zinckernagel
Bearbeitung	Dr. Ing. Günter Schlusche
Gestaltung Potsdam	Erich Wrede, Grafik Design BDG, Potsdam
Druck	Druckerei Rüss, Potsdam

Weitere Informationen zum STADT FORUM POTSDAM sowie die Dokumentationen der zurückliegenden Jahre sind im Internet unter www.potsdam.de/stadtforum zugänglich.

Potsdam, im März 2013

Inhaltsverzeichnis

		Seite
Einführung	Oberbürgermeister Jann Jakobs	3
	Übersicht der Sitzungen	3
	Bernd Steigerwald	4
Dokumentation	43. Sitzung des STADT FORUMS POTSDAM am 19.4.2012 „Stadtentwicklungskonzept Verkehr – Perspektiven einer nachhaltigen Mobilität für Potsdam“	5
	Leitgedanken der Kerngruppe	5
	Empfehlungen der Kerngruppe	9
Dokumentation	44. Sitzung des STADT FORUMS POTSDAM am 14.6.2012 „Neues Wohnen für Potsdam“	10
	Leitgedanken der Kerngruppe	10
	Empfehlungen der Kerngruppe	15
Dokumentation	45. Sitzung des STADT FORUMS POTSDAM am 15.11.2012 „Zwischen Regierung, Mitbestimmung und Empörung – Bürgerbeteiligung in Potsdam“	17
	Leitgedanken der Kerngruppe	17
	Empfehlungen der Kerngruppe	21
Anhang	STADT FORUM POTSDAM – Ziele und Merkmale	23
	Arbeitsvereinbarung des STADT FORUMS POTSDAM	26
	Pressespiegel	26

Abbildungsnachweise und -erläuterungen:

Umschlagfoto:	Das Bornstedter Feld – Nördliche Gartenstadt – von Nordwesten, Mai 2012, Foto mit freundlicher Genehmigung der POLO Beteiligungsgesellschaft mbH
Seite 6 und 11:	Stadtverwaltung Potsdam – Fachbereich Stadtplanung-
Seite 7:	Juliane Herklotz, Tobias Wertheimer, Sascha Grundmann und Stephan Meinusch (FH Potsdam)
Seite 12 und 13:	Pro Potsdam GmbH
Seite 14:	Stadtkontor GmbH
Seite 19:	Daniel Wetzel, Medienlabor Potsdam
Seite 20 oben:	Serge Embacher
Seite 20 Mitte und unten:	Nils Jonas, Verein Mehr Demokratie e.V.
Fotos auf den Seiten 2, 4, 8, 9, 15, 16, 21, 22 und Grossfoto auf der S.24/25:	Barbara Plate



Oberbürgermeister Jakobs (2. v. l.) mit Philipp Jamme (l.), Prof. Bernd Steigerwald (2.v.r.) und Dr. Günter Schlusche (alle Kerngruppe STADT FORUM POTSDAM) bei der Vorstellung der Dokumentation 2011 am 18.4.2012

Vorwort des Oberbürgermeisters



Das STADT FORUM POTSDAM hat im Jahr 2012 mit seinen Veranstaltungen insbesondere solche Themen aufgegriffen, die sich der Nachhaltigkeit der Entwicklung einer wachsenden Stadt und dem großen Bedarf an Einbeziehung des bürgerschaftlichen Engagements bei der Gestaltung dieser Herausforderung widmeten.

Dazu hat das STADT FORUM POTSDAM mit den Veranstaltungen „Stadtentwicklungskonzept Verkehr – Perspektiven einer nachhaltigen Mobilität für Potsdam“, „Neues Wohnen für Potsdam“ „Zwischen Regierung, Mitbestimmung und Empörung – Bürgerbeteiligung für Potsdam“ Foren angeboten, in denen die Vielgestaltigkeit der Aufgaben und der dazu entworfenen Lösungen in öffentlicher Diskussion erörtert wurden.

Die Veranstaltungen des STADT FORUM POTSDAM im Jahr 2012 haben dokumentiert, dass das auch für die Zukunft prognostizierte Wachstum der Landeshauptstadt im Kontext mit den stadtstrukturellen Rahmenbedingungen und den städtebaulichen und landschaftsräumlichen Qualitäten Konzepte erfordert, für die es nur bedingt Vorbilder gibt. Gleichzeitig greifen viele Themen zunehmend ineinander. Diese wachsende Komplexität erfordert auch eine strukturierte Weiterentwicklung der Bürgerbeteiligung.

Die Sitzung zum „Stadtentwicklungskonzept Verkehr – Perspektiven einer nachhaltigen Mobilität für Potsdam“ traf auf ein breites öffentliches Interesse, widerspiegelte aber auch, dass hier ein Thema angesprochen wird, das sowohl aus fachlichem Blick als auch unter Berücksichtigung der Lebenspraxis unserer Bürger zu diskutieren und zu bewältigen ist. Die Anforderungen unserer wachsenden Stadt mit dem Ziel der Erreichbarkeit und Mobilität bei gleichzeitiger Sicherung der Lebensqualität zu verknüpfen, ist eine der Herausforderungen, die Potsdam in den kommenden Jahren prägen werden. Das Stadtentwicklungskonzept Verkehr, das im Mittelpunkt der Diskussion stand, bildet mit seinem Szenario „Nachhaltige Mobilität“ die optimale Basis für diesen Prozess. Die Diskussion im STADT FORUM POTSDAM wie auch die inzwischen gesammelten Erfahrungen haben gezeigt, dass die vielschichtigen Wechselwirkung zwischen Planung und Praxis auch das Nachsteuern in der Umsetzung zu einem Element des Stadtentwicklungskonzeptes – Verkehr werden lassen.

Die 44. Sitzung am 14.6.2012 zum Thema „Neues Wohnen in Potsdam“ war von der in den großen Kommunen Brandenburgs beispiellosen Anziehungskraft Potsdams als Wohnstandort geprägt. So begrüßens-

wert dieser anhaltende Trend ist, so groß sind auch die Herausforderungen, die damit für die Landeshauptstadt einher gehen. Den breiten Spannungsbogen konnte das STADT FORUM in seiner Sitzung nur begrenzt diskutieren. Neben der Frage nach den räumlichen Potentialen standen auch die Sozialverträglichkeit der Mietenentwicklung und der begleitende Bedarf des Ausbaus der sozialen und technischen Infrastruktur zur Debatte. Die Diskussion zeigte, dass adäquate Einzellösungen noch nicht die Antwort auf das strukturelle Problem geben. Daran werden wir weiter arbeiten müssen.

Am Ende des Jahres hat sich das STADT FORUM POTSDAM in seiner 45. Sitzung einem Thema zugewandt, das fast alle Aspekte des Lebens in unserer Stadt übergreift. Bürgerschaftliches Engagement zu befördern und zu strukturieren, ist gleichermaßen eine substantielle Aufgabe der Kommunalpolitik wie auch eine Gratwanderung zwischen Unterstützung und Reglementierung. Insofern ist es hoch zu schätzen, dass das STADT FORUM POTSDAM die Möglichkeit der Diskussion des neuen Beteiligungskonzeptes der Landeshauptstadt und der dabei vorgeschlagenen Instrumente gegeben hat. Spannend war die Reflektion der vielfältigen Praxiserfahrungen, die es zur Partizipation bisher in der Landeshauptstadt gibt. Sehr gefreut habe ich mich über die Bestärkung, die die externen Teilnehmer der Diskussion unserem Weg der strukturierten, basisvernetzten und wissenschaftlich begleiteten Bürgerbeteiligung gegeben haben.

Abschließend möchte ich mich für das anhaltende ehrenamtliche Engagement der Kerngruppe des STADT FORUM POTSDAM recht herzlich bedanken. Besonders gefreut hat mich, dass die Kerngruppe des STADT FORUMS POTSDAM im zurückliegenden Jahr neue Mitstreiter gewinnen konnte, mit deren spezifischen Erfahrungen das breite Spektrum der kommunalen Themen noch zielgerichteter vorbereitet werden kann. Damit ist das STADT FORUM POTSDAM als ein maßstabsetzendes Element der Diskussionskultur in unserer Stadt auch in der Zukunft gut aufgestellt. Um diese Plattform einer öffentlichen Diskussion auch weiterhin nutzen zu können, sichere ich dem STADT FORUM POTSDAM sowohl meine persönliche als auch die Unterstützung der Verwaltung zu.

Jann Jakobs
Oberbürgermeister der Landeshauptstadt Potsdam

Übersicht der Sitzungen

- | | |
|-------------|---|
| 1998 | 1. Stadtmitte und Verkehr
2. Funktion und Gestalt der Mitte – Bedeutung für die Gesamtstadt BUGA 2001 – Chance für Potsdam |
| 1999 | 3. Die „Mitten“ Potsdams – Beispiel Projekt Alte Stadtgärtnerei
4. Insel Potsdam – Stadtlandschaft am Wasser und Ausbau der Wasserstraßen
5. Wohnungsbau und Bevölkerungsentwicklung in Potsdam
6. Gewerbeflächen und Arbeitsplätze in Potsdam |
| 2000 | 7. Kulturstadt Potsdam
8. Gestalterische Ansprüche und Bedeutungswerte für die zukünftige Mitte Potsdams |
| 2001 | 9. Stadtteilzentren und Zentrenkonzepte für die Neubaugebiete
10. Preußenjahr 2001 – Wiederaufbau der Garnisonkirche?
11. Leitlinien der Stadtentwicklung Potsdam bis 2015 |
| 2002 | 12. Öffentlicher Raum – Öffentliche Plätze
13. Potsdamer Norden – Potsdamer Süden
14. Kulturstadt Potsdam – Kulturhauptstadt Europas?
15. Zwischenbilanz der Konversion
16. Gestaltungsansprüche für Architektur in Potsdam
17. Potsdam - Alt und Neu - Nord und Süd |
| 2003 | 18. Potsdam – Stadt der Gärten und Parks
19. Potsdam von außen
20. Alter werden in Potsdam |
| 2004 | 21. Zukunft der Potsdamer Mitte
22. Zukünftige Schwerpunkte und Strukturen der Potsdamer Kulturpolitik
23. Potsdam und der Tourismus |
| 2005 | 24. Potsdams Funktionen als Landeshauptstadt
25. Städtebau und Architektur der Moderne in Potsdam
26. Mitte für die Stadt – Der Landtagsneubau |
| 2006 | 27. Sport in Potsdam
28. Die Zukunft des Potsdam-Museums
29. Politische Gewalt des 20. Jahrhunderts - Orte der Erinnerung in Potsdam |
| 2007 | 30. Vom Telegraphenberg zur Speicherstadt
31. Der Alte Markt und sein Umfeld
32. Potsdam als Erinnerungsort |
| 2008 | 33. Klimaschutz für Potsdam - Das Beispiel Bornstedter Feld
34. Architektonische Vielfalt und Nutzungsmischung in Potsdams Mitte
35. Wissenschafts- und Forschungseinrichtungen als Standortfaktoren |
| 2009 | 36. Leitbauten- und Nutzungskonzeption für die Potsdamer Mitte
37. Verkehr in Potsdam
38. Klimaschutzkonzept für Potsdam |
| 2010 | 39. DDR-Architektur in Potsdam
40. Stadtlandschaft Ufer – Potsdams Uferzonen
41. Neubebauung am Alten Markt – Ergebnisse der Vergabeverfahren zum Havelufer |
| 2011 | 42. Stadtentwicklungskonzept Verkehr
43. Neues Wohnen für Potsdam
44. Innovative Beteiligungsformen in der Stadtentwicklung |
| 2012 | 45. Städtebauliche Ziele für Krampnitz
46. Wohnen heißt Bleiben
47. Tickets und Events in Potsdam |
| 2013 | 48. Tickets und Events in Potsdam |

Weitere Themen:

Potsdams Schulbildungslandschaft
Soziokulturelle Zentren im Umbruch

STADT FORUM POTSDAM

Einführung der Kerngruppe



Bernd Steigerwald

Anmerkungen zur Sitzungsperiode 2012

Vor Ihnen liegt die nunmehr 15. Ausgabe der Dokumentation des STADT FORUMS POTSDAM. Das Jahr 2012 hat uns neue Impulse gegeben, wir haben uns verjüngt und die Kompetenzen der Kerngruppe erweitert. Bis zum Jahr 2006 war das Forum nach „Bänken“ gegliedert, die ihre Interessen in der Diskussion vertreten sollten. Es gab die „Bank“ der Architekten, die „Bank“ der Stadt, Landschafts- und Verkehrsplaner, die „Bank“ der Vertreter der Kultur, die „Bank“ Hochschule und Wissenschaft, die „Bank“ Jugend, Soziales und Kirche, die „Bank“ Politik, die „Bank“ der Vertreter von Wirtschaft und Arbeit, die Vertreter von Verbänden, Vereinen und Initiativen, sowie die „Bank“ der Verwaltung. Der Versammlungsraum im Alten Rathaus am Alten Markt in Potsdam war der tradierte Ort für die Sitzungen des Forums. Dann wechselten die Orte, die Ordnung nach „Bänken“ wurde zu starr, Gäste konnten sich nicht zuordnen. Heute sind wir offener in Form und Inhalt. Als neue Mitglieder der Kerngruppe sind Kay-Uwe Käersten mit Engagement für die Bereiche Jugend und Soziales, Dr. Susanne Köstering vom Museumsverband Brandenburg, Dr. Fritz Reusswig vom Potsdam Institut für Klimafolgenforschung und Maria Zinckernagel aus dem Schul- und Bildungsbereich hinzugekommen. Nach der Vorstellung der Themen für das Jahr 2012 zitierte die Märkische Allgemeine Oberbürgermeister Jann Jakobs: das Forum ist längst eine „wichtige öffentliche Institution geworden“, die auch einen Beitrag zur „Entideologisierung“ der Baudebatten in der Stadt leiste. Wir werden neben den auf den Bau und die Planung bezogenen Fragen auch die soziale und kulturelle Entwicklung der weiter wachsenden Landeshauptstadt unter den Aspekten der Nachhaltigkeit mit einbeziehen.

Stadtentwicklungskonzept Verkehr

Das Thema der 43. Sitzung des STADT FORUMS POTSDAM, die am 19. April 2012 dankenswerterweise in der Französischen Kirche am Bassinplatz stattfinden konnte, bezog sich aktuell auf das im Januar der Stadtverordnetenversammlung vorgelegte Stadtentwicklungskonzept Verkehr, das als Leitbild für die Verkehrsentwicklung und die Investitionsplanung bis zum Jahr 2025 dienen soll. Der Verkehrsentwicklungsplan von 2001 musste weiterentwickelt werden. Es galt insbesondere die 2003 erfolgten Eingemeindungen und die weitaus schneller als in den Prognosen des „Stadtentwicklungskonzepts Wohnen“ von 2009 anwachsende Einwohnerzahl von Potsdam zu berücksichtigen (bezogen auf den Wohnungsmarkt hat uns dieses Phänomen dann auch in der nächsten Sitzung „Neues Wohnen in Potsdam“ beschäftigt). In drei Szenarien wurden die zu erwartenden Auswirkungen auf die Verkehrs-

Umweltbelastungen dargestellt. Nur das Szenario 3 „Nachhaltige Mobilität“ erfüllt die Klimaschutzziele der Landeshauptstadt Potsdam, bedingt aber eine 30%ige Reduzierung des Individualverkehrs, verbunden mit dem Ausbau und der Verbesserung des ÖPNV- sowie des Rad- und Fußverkehrs. Doch die heute erkennbaren Probleme bei der Umsetzung („Stau durch Pforterampeln“ und die damit wieder aufflammende Diskussion zum 3. Havelübergang) zeigen, dass die „Nachhaltige Mobilität“ nur im Einvernehmen aller Bürger und Nachbarn zu erzielen ist. Ein gutes Beispiel für die Verträglichkeit aller Verkehrsträger (einschl. Umweltverbund von Fußgänger, Radfahrer, ÖPNV) zeigte der Vorschlag einer Studentengruppe der Fachhochschule Potsdam zur Neuordnung der Verkehrsführung mit Wiederherstellung des Potsdamer Stadtkanals zwischen Friedrich-Ebert-Straße und Berliner Straße. Der Beitrag wurde im Rahmen des „Schinkel-Wettbewerbs 2012“ mit dem von der Baukammer Berlin gestifteten Sonderpreis ausgezeichnet.

Neues Wohnen für Potsdam

Der Schwerpunkt der 44. Sitzung am 14. Juni 2012 im „Treffpunkt Freizeit“ am Neuen Garten lag, wie oben erwähnt, wieder auf dem Gebiet des Wohnungsbaus. Schon in den vorbereitenden Diskussionen wurden wir uns in Anbetracht der öffentlichen Kritik an der Mietpreisentwicklung in Potsdam bewusst, dass wir den erforderlichen Neubau von Wohnungen auf Grund der positiven Einwohnerentwicklung von Potsdam nicht mit dem durch Sanierung und gestiegene Nachfrage erhöhten Mietpreisniveau in den Innenstadtbereichen vermischen dürfen. Die Forderungen nach dem „Recht auf Stadt“, der Sozialverträglichkeit der Mieten oder der Abriss von Wohnungen zur „Wiederannäherung an den historischen Stadtgrundriss“ betreffen jedoch unterschiedliche Lebenserfahrungen und werden als eigen-

ständiges Thema in der 47. Sitzung des STADT FORUMS POTSDAM am 13. Juni 2013 behandelt. Die Sitzung „Neues Wohnen für Potsdam“ befasste sich also mit der Notwendigkeit der Schaffung von neuem Wohnraum auf Grund des prognostizierten Wachstums: 149.700 Einwohner (2007), 163.900 Einwohner (2020) und nach Angaben des Landesamts für Statistik 187.300 Einwohner (2030). Es wird also erwartet, dass Potsdam in 20 Jahren um 30.000 Einwohner wächst, das bedeutet, dass jährlich 1.000 neue Wohnungen gebaut werden müssen. Potsdam ist bereits eine „Boomtown“ und es kommen für die Stadt noch die erforderlichen Infrastrukturmaßnahmen unter Umsetzung der in der 43. Sitzung diskutierten „Nachhaltigen Mobilität“ und der Klimaschutzziele hinzu. Diese Konsequenzen der rasanten Bevölkerungsentwicklung konnten in den vorgestellten Neubauprojekten (ProPotsdam GmbH, Bürgerstadt AG, Konvoi.Potsdam e.V und Stadtkontor Potsdam-Babelsberg) nur am Rande angesprochen werden. Für die Vorbereitung unserer für den 11. April 2013 avisierten 46. Sitzung zur städtebaulichen Entwicklung des Konversionsareals in Krampnitz sind solche Überlegungen aber unerlässlich.

Bürgerbeteiligung für Potsdam

Die 45. Sitzung am 15. November 2012, wiederum im „Treffpunkt Freizeit“, gab einen Überblick über das in Potsdam erarbeitete Konzept des „Büros für Bürgerbeteiligung“ und die bestehenden oder im Aufbau begriffenen „Stadtteilnetzwerke“. Das Verfahren zur Einrichtung dieses Modellprojekts ist mehrstufig angelegt und zunächst auf drei Jahre begrenzt. Es wurde durch die Verwaltung veranlasst, durch externe Berater in Verbindung mit einem Vorbereitungsteam aus Potsdamer Bürgern erarbeitet und am 12.9.2012 im Hauptausschuss der Stadtverordnetenversammlung



OB Jakobs und Mitglieder der Kerngruppe stellen der Presse am 18.4.2012 das Jahresprogramm vor.

43. Sitzung des STADT FORUMS POTSDAM am 19.4.2012

„Stadtentwicklungskonzept Verkehr – Perspektiven einer nachhaltigen Mobilität für Potsdam“

Leitgedanken der Kerngruppe

beschlossen. Die wesentlichen Inhalte sind die Einrichtung des „Büros für Bürgerbeteiligung“, die Gründung eines „Beteiligungsrates“ und die wissenschaftliche Evaluation des Modellprojekts. Die Formen der Bürgerbeteiligungen in den Stadt- und Ortsteilen konzentrieren sich dagegen direkt auf Probleme in ihrem Wohnumfeld. Diese „Stadtteilnetzwerke“ haben unterschiedliche Gründungsgeschichten und Organisationsformen. In der Ausstellung „HAUSgemacht“ die ab September 2012 bis September 2013 durch die 10 verschiedenen Bürger- und Begegnungshäuser in Potsdam zieht, werden die unterschiedlichen Orte und Aktivitäten vorgestellt. Im abschließenden „Blick von außen“ bescheinigten die Referenten des „Bundesnetzwerks Bürgerschaftliches Engagement“ und des „Vereins Mehr Demokratie e.V.“ aus Berlin den in Potsdam eingeleiteten Beteiligungsprozess eine bundesweite Vorreiterrolle. (Wir können also ein wenig stolz sein, aber wir sollten uns auf dem Erreichten nicht ausruhen).

Vorschau auf die Sitzungsperiode 2013

Wie schon angekündigt, wird sich das STADT FORUM POTSDAM in der 46. Sitzung am 11.4.2013 aus aktuellem Anlass mit dem Thema „Städtebauliche Ziele und Entwicklungen für Krampnitz“ befassen. Als übergeordnete Planungsziele sollen vor allem die Aspekte der „Nachhaltigkeit“ und des Klimaschutzes mit angesprochen werden.

In der 47. Sitzung am 13.6.2013 mit dem Titel „Wohnen heißt Bleiben“ – Das Recht auf Stadt in Potsdam“ sollen mehr die „Schattenseiten“ des „Neuen Wohnens für Potsdam“ beleuchtet werden: Mietenentwicklung, Gentrification, Verlust preiswerten Wohnraums, um daraus dann Strategien für den Erhalt der sozialen Mischung in den Potsdamer Wohngebieten zu entwickeln.

In der 48. Sitzung, voraussichtlich am 7.11.2013 mit dem Thema „Tickets und Events in Potsdam“ sollen u. a. die Kulturentwicklung und Kulturwirtschaft in Potsdam, die „Eventisierung“ von Kulturveranstaltungen und die ungleiche Wahrnehmung zwischen „Bürgerkultur“ und „Touristenkultur“ kritisch hinterfragt werden. Noch auf der Warteliste, aber nicht vergessen sind die Themen „Potsdams Schulbildungslandschaft“ und „Soziokulturelle Zentren in Potsdam“. Alle Dokumentationen und die aktuellen Ankündigungen des STADT FORUMS POTSDAM finden Sie auf der homepage der Landeshauptstadt Potsdam unter www.potsdam.de/stadforum.

Bernd Steigerwald

Nach mehrjährigen Vorarbeiten hat die Stadtverwaltung das von ihr gemeinsam mit dem Planungsbüro VMZ Berlin erarbeitete „Stadtentwicklungskonzept Verkehr“ erarbeitet und der Stadtverordnetenversammlung zur Beschlussfassung vorgelegt. Dieses Konzept, eine Fortschreibung des Verkehrsentwicklungsplans von 2001, soll die Mobilität der Potsdamer Bevölkerung für die nächsten 10 bis 15 Jahre sicherstellen und zugleich einen verlässlichen Rahmen für die anstehenden Investitionsentscheidungen im Straßen- und Verkehrsbau schaffen. Gleichzeitig ist dieses Konzept ein ganz entscheidender Baustein für die Erreichung der Klima- und Umweltschutzziele, zu deren Einhaltung die Stadt aufgrund nationalen und europäischen Rechts verpflichtet ist.

Mit diesem Konzept reagiert die Stadtverwaltung auf die Änderung wichtiger Rahmenvorgaben für die Verkehrsentwicklung Potsdams seit 2000:

- Nach Jahren der Stagnation wächst die Einwohnerzahl Potsdams seit 2003 wieder und hat 2008 die Marke von 150.000 Einwohnern überschritten. Die Prognosen lassen auch für die nächsten Jahre ein weiteres Einwohnerwachstum erwarten.
- Durch die Eingemeindungen von 2003 hat sich das Stadtgebiet erheblich vergrößert.
- Die verkehrlichen Verflechtungen mit den Umlandgemeinden und mit Berlin sind deutlich gestiegen und durch Planungen wie z.B. für den in wenigen Monaten eröffneten Großflughafen in Schönefeld zugleich komplexer geworden.
- Das städtische Klimaschutzkonzept von 2010 (s. 39. Sitzung des STADT FORUMS POTSDAM v. 25.11.2010) mit seiner Zielvorgabe einer 20%-CO₂-Reduzierung sowie die nunmehr gültigen Grenzwerte für Luftschadstoffe, die an einigen Stellen in der Stadt bereits jetzt überschritten werden, erfordern eine abgestimmte und kurzfristig für alle Verkehrsträger wirksame Strategie

Im „Stadtentwicklungskonzept Verkehr“ werden für die Verkehrsentwicklung bis 2025 die folgenden drei Szenarien entwickelt und bewertet:

Das Szenario 1 („Basiszenario“) enthält alle bereits umgesetzten bzw. derzeit in der Umsetzung befindlichen Verkehrsmaßnahmen.

Im Szenario 2 („Fortschreibung des VEP 2001“) werden die seit 2001 von der Stadtverwaltung bzw. der Stadtverordnetenversammlung beschlossenen bzw. geplanten, aber noch nicht vollständig realisierten Maßnahmen, z.B. das Radverkehrskonzept und die gegenwärtig diskutierten Maßnahmen (Fortführung der ISES

- Innerstädtische Entlastungsstraße entlang der Bahntrasse - , Bau der Havelspanne - Neue Straße über die Havel im Südwesten Potsdams) vor dem Hintergrund der Entwicklung bis 2025 bewertet.

Das Szenario 3 („Nachhaltige Mobilität“) konzentriert sich auf klima- und umweltschonende Maßnahmen v. a. in Bezug auf den ÖPNV und den Ausbau des Umweltverbunds (Ausbau und Verknüpfung von Fuß-, Rad- und öffentlichem Nahverkehr) und berücksichtigt auch die Empfehlungen und Maßnahmen des Potsdamer Klimaschutzkonzepts in dem umfangreiche Reduktionsziele für CO₂ enthalten sind.

Zugleich wird im „Stadtentwicklungskonzept Verkehr“ eine Empfehlung für das Szenario 3 „Nachhaltige Mobilität“ ausgesprochen und somit ein Schwerpunkt auf Maßnahmen zur Stärkung des ÖPNV und des Verkehrsmanagements gelegt. Auch vor dem Hintergrund der begrenzten städtischen Investitionsmittel und der immer stärker steigenden Kosten für die Unterhaltung des bestehenden Straßennetzes sieht dieses Konzept nur noch einige wenige Straßenneubaumaßnahmen vor.

Dieses Konzept, das Ende 2011 der Stadtverordnetenversammlung zur Beschlussfassung vorgelegt wurde, wird seitdem öffentlich z. T. intensiv diskutiert. Angesichts der einschneidenden Konsequenzen von weiteren Straßenneubaumaßnahmen für den städtischen Haushalt wird seit kurzem erwogen, ob die gewichtigste von diesen Baumaßnahmen, die neue Havelüberquerung im Südwesten, zum Gegenstand eines verbindlichen Bürgerotums gemacht werden soll.

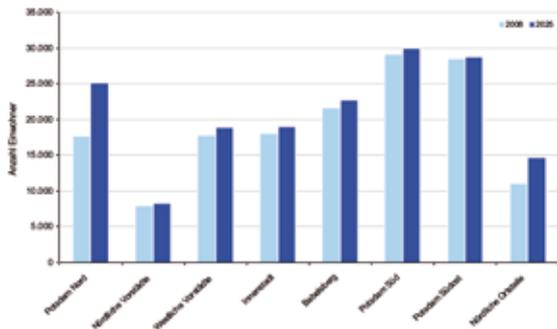
In dieser Situation führt das STADT FORUM POTSDAM seine 43. öffentliche Sitzung zu diesem Thema durch und will damit einen Beitrag zur Versachlichung der Debatten leisten.

Zugleich hat das STADT FORUM POTSDAM junge Verkehrsplaner und Studenten der Verkehrsplanung von der FH Potsdam bzw. der TU Berlin zur Debatte eingeladen. Diese haben im Rahmen des traditionsreichen, kürzlich abgeschlossenen „Schinkel-Wettbewerbs 2012“ interessante Vorschläge zur Lösung von Potsdamer Verkehrsproblemen eingebracht, die genau an diesen Problemstellungen der Potsdamer Verkehrsentwicklung ansetzen. Diese Vorschläge wurden von der Jury des Schinkel-Wettbewerbs mit Sonderpreisen in der Sparte „Verkehrswesen Eisenbahnbau“ und „Verkehrswesen Straßenbau“ ausgezeichnet.

Die Arbeit von Stefan von Mach und Emmanuel Thuillier

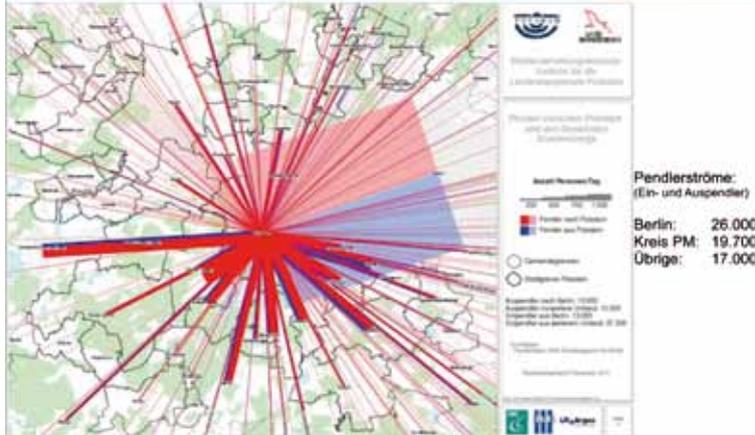
Einwohnerentwicklung

Einwohnerentwicklung bis 2025 nach Stadtbezirken in Potsdam



Gesamtzahlen:
2008: 163.000
2025: ca. 170.000

Analyse - Pendlerbeziehungen



Analyse - räumliche Verkehrsarten



(TU Berlin) schlägt unter dem Namen „RegioPotsTram“ ein neues Mehrweg-Fahrzeug für die Potsdamer Bahnstrecken (Straßenbahn und Eisenbahn) vor. Dieser verkehrstechnische Vorschlag eines „Zweistufenfahrzeugs“ ist mit der Entwicklung eines mehrstufigen Liniennetzes verbunden, das zu einer erheblichen Steigerung der Netzauslastung sowie zu verkürzten Reisezeiten führt und gleichzeitig den Ausbau nach Berlin-Zehlendorf und ins südwestliche Potsdamer Umland ermöglicht.

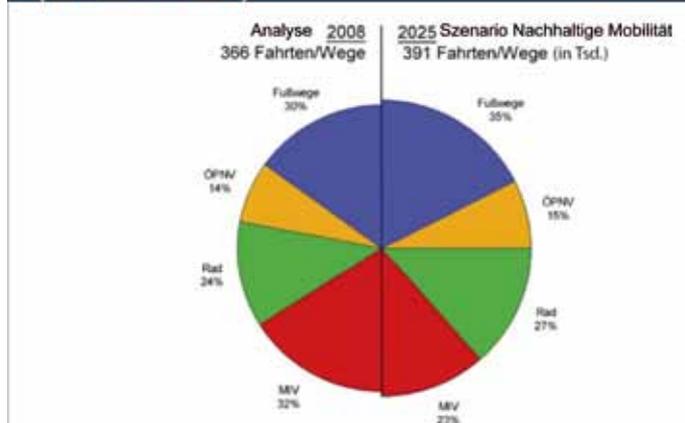
Die Arbeit von Juliane Herklotz, Tobias Wertheimer, Sascha Grundmann und Stefan Meinusch (FH Potsdam) schlägt eine Umlegung der innerstädtischen Straßenbahnlinien und eine Neugestaltung der damit verbundenen Straßenzüge von Potsdam vor. Die Straßenbahn soll in Ost-West-Richtung nicht mehr auf der Trasse Berliner Straße/Am Kanal, sondern auf der Trasse Heibel-/Charlottenstr. geführt werden. Dieser mit detaillierten Untersuchungen der Knotenpunkte unterlegte Vorschlag macht die attraktive Neugestaltung der Straße Am Kanal einschließlich der Wiederherstellung des zugeschütteten Stadtkanals möglich. Zugleich wird damit eine Verkehrsmaßnahme aufgegriffen, die auch im Rahmen des Leitbautenkonzepts für den Bereich um den Alten Markt gutachterlich empfohlen wurde.

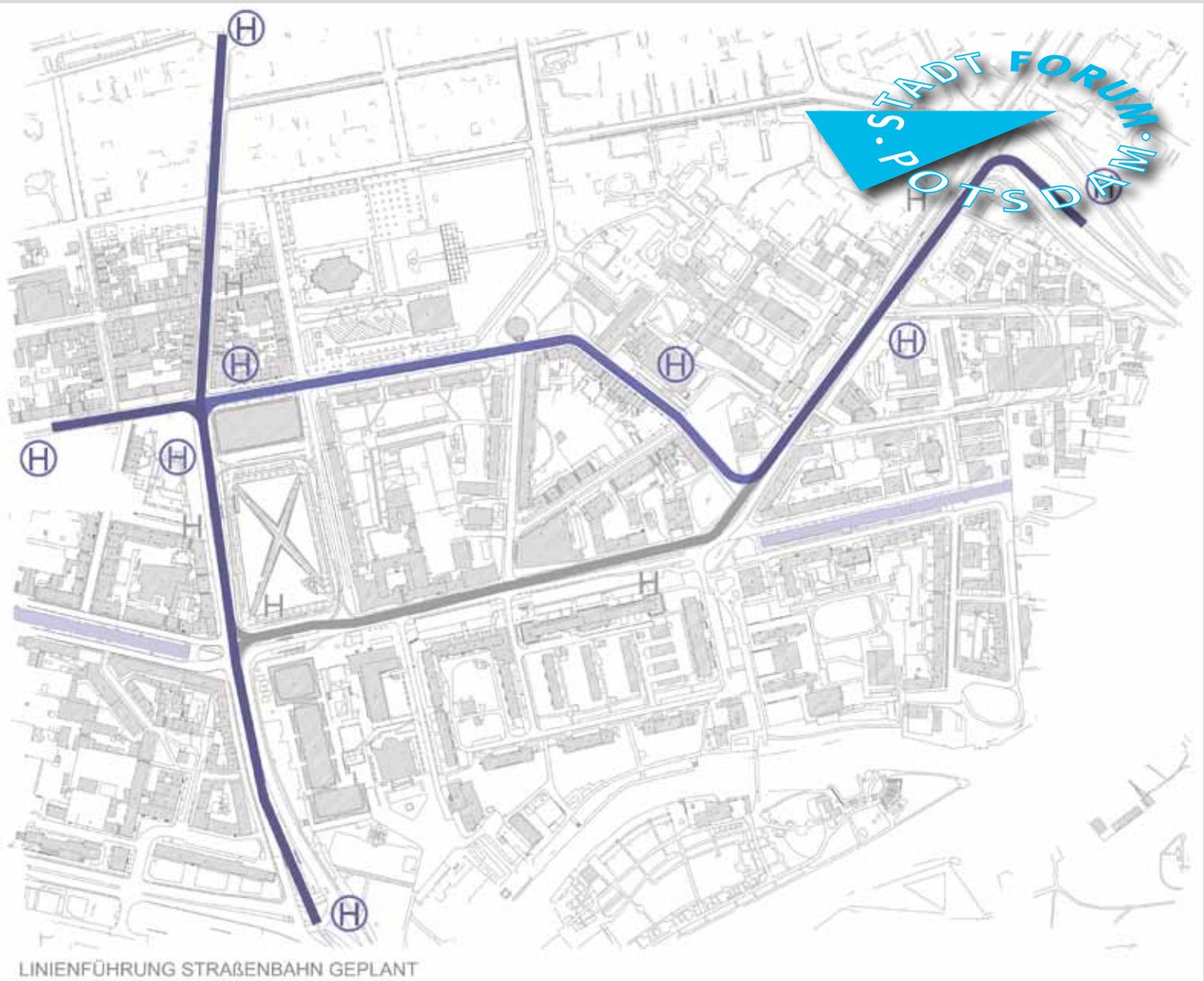
Das STADT FORUM POTSDAM will mit der Vorstellung dieser interessanten Arbeiten auch einen Beitrag zur Öffnung der Debatte auf einem Feld leisten, bei dem die Diskussionen leicht unsachlich und irrational zu werden drohen.

Für die Kerngruppe

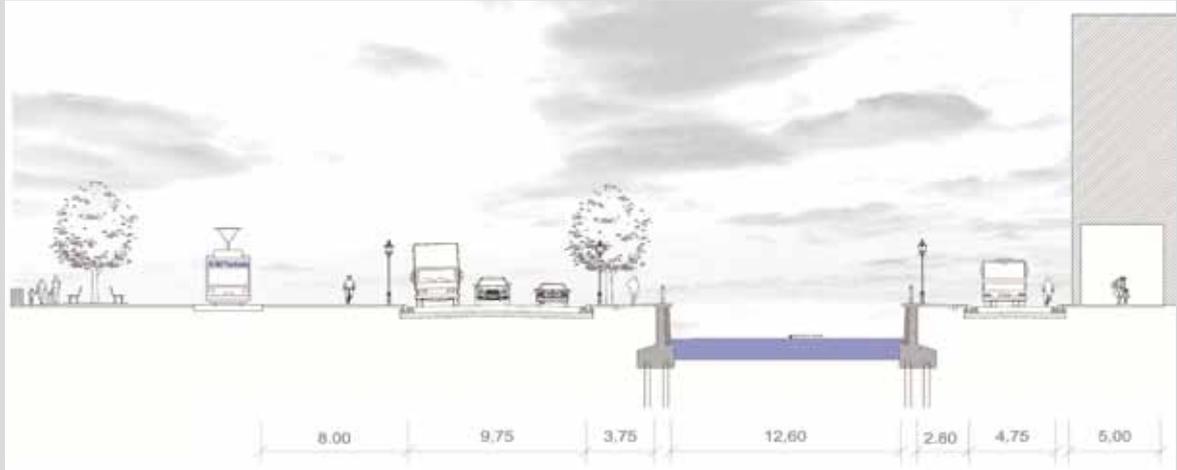
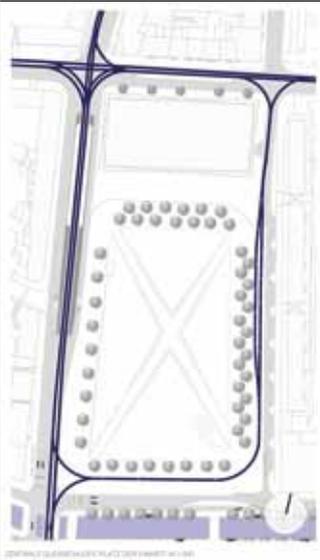
Präsentation der Stadtverwaltung Potsdam zum Stadtentwicklungskonzept Verkehr.

Verkehrsmittelanteile 2008 und 2025 (Binnenverkehr)





LINIENFÜHRUNG STRAßENBAHN GEPLANT



Planungsvorschläge von Juliane Herklotz, Tobias Wertheimer, Sascha Grundmann und Stephan Meinusch (FH Potsdam) für die neue Straßenbahn-Linienführung in der Potsdamer Innenstadt





Die Teilnehmer der 43. Sitzung bei der Präsentation von Dirk Volkmann (Stadtverwaltung Potsdam) und Patrick Klemm (VMZ Berlin)



Die Diskussion des Stadtentwicklungskonzepts Verkehr am 19.4.2012



Dr. Jost Kremmler (BUND Berlin) und Jörg Becker (ADAC Berlin-Brandenburg) während ihrer Beiträge



Eine Diskussionsteilnehmerin am 19.4.2012



Die Sitzung des STADT FORUMS POTSDAM in der Französischen Kirche am 19.4.2012

„Abschied von den ‚Dinosauriern‘ der Potsdamer Verkehrspolitik!“



Empfehlungen der Kerngruppe zur 43. Sitzung

Die Sitzung hat deutlich gezeigt, dass es für die zukünftige Verkehrsentwicklung Potsdams keine Alternative zu dem von der Stadtverwaltung und den Gutachtern im Rahmen des Verkehrsentwicklungskonzepts empfohlenen Szenario der „Nachhaltigen Mobilität“ gibt. Das haben die Stellungnahmen der beim STADT FORUM POTSDAM beteiligten Experten des ADAC, des BUND, des DIFU und des VIP - mit unterschiedlichen Akzentsetzungen in Einzelfragen – sowie die Diskussion im Publikum deutlich gezeigt. Die Finanzlage der Stadt und die von ihr eingegangenen Verpflichtungen zur Einhaltung der Grenzwerte für Lärm, Schadstoffe und Klimaschutz lassen keine andere Alternative zu. Die Fachleute machten klar, dass die Umweltbelastungen in Potsdam nur bei Umsetzung dieses Szenarios annähernd tolerabel sein werden. Damit wird sich die Stadt von den „Dinosauriern“ (Matthias Klipp) der Potsdamer Verkehrspolitik wie der ISES und der Havelspanne verabschieden müssen. Je früher dieser Abschied vollzogen wird, umso mehr Zeit bleibt für die Maßnahmen der Verkehrswende zur nachhaltigen Mobilität.

Der auf der Sitzung deutlich feststellbare Konsens, dass der Anteil des Autoverkehrs im Potsdamer Binnenverkehr um 30 % reduziert werden muss, bedeutet eine umfassende Stärkung des ÖPNV, des Rad- und des Fußverkehrs. Zugleich ist damit die Einführung neuer Mobilitätskonzepte verbunden, bei denen nicht mehr der Besitz, sondern die Auswahl und schnelle Verfügbarkeit von Verkehrsmitteln (z.B. Car und Bike Sharing) im Mittelpunkt steht. Der VIP hat deutlich gemacht, dass er ebenfalls auf diese Strategie setzt und sie mit zahlreichen Einzelmaßnahmen auch attraktiv umsetzen kann. Allerdings ist die Reihenfolge der einzelnen Maßnahmen zur Stärkung des „Umweltverbunds“ (ÖPNV-, Rad- und Fußverkehr) noch genau abzuwägen, öffentlich zu diskutieren und dann erst umzusetzen. In diese Strategie fügen sich die Vorschläge der jungen Verkehrsplaner, die die Träger des diesjährigen Schinkelpreises sind, sehr gut ein. Insbesondere die Vorschläge zur veränderten Führung der Straßenbahn im Innenstadtbereich sollten genau geprüft werden, denn diese Vorschläge wurden bereits im Rahmen der Voruntersuchungen zum Leitbautenkonzept für den Bereich um den Alten Markt gemacht.

Für die Kerngruppe
Dr. Günter Schlusche



Das Podium und die Teilnehmer der Diskussion zum Stadtentwicklungskonzept Verkehr



Die Vorschläge zum Szenario „Nachhaltige Mobilität 2015“ werden intensiv diskutiert.

44. Sitzung des STADT FORUMS POTSDAM am 14.6.2012

„Neues Wohnen für Potsdam“

Leitgedanken der Kerngruppe

Der Bedarf für neuen Wohnungsbau in Potsdam ergibt sich übereinstimmend aus mehreren Untersuchungen der letzten Jahre zu diesem Thema. Das „Stadtentwicklungskonzept Wohnen“ der Stadtverwaltung Potsdam (STEK Wohnen, Bearbeitung Institut für Stadtforschung und Strukturpolitik, Berlin 2009) hat dies bereits 2009 genau ermittelt und als Hauptfaktor das für Potsdam prognostizierte Wachstum um 14.200 Einwohner, also von 149.700 Einwohnern (2007) auf 163.900 Einwohner (2020) benannt.

Schon im 2. Bericht zur Umsetzung dieses Konzepts vom Dezember 2010 wurde festgestellt, dass diese Zahlen nicht mehr aktuell sind, weil die Einwohnerzahl Potsdams stärker als prognostiziert wächst: Danach wäre für Potsdam im Jahr 2020 nunmehr mit 167.000 Einwohnern oder sogar mit 172.000 Einwohnern zu rechnen. Das Landesamt für Statistik kommt in seiner vor wenigen Wochen vorgelegten amtlichen Bevölkerungsprognose zu einem noch stärkeren Einwohnerzuwachs: Für das Jahr 2030 werden 187.300 Einwohner in Potsdam prognostiziert: ein Zuwachs von 30.300 Einwohnern gegenüber den 157.000 Einwohnern im Jahr 2012. Auch der Verband der Berlin-Brandenburgischen Wohnungsunternehmen (BBU) hält ähnliche Zuwächse für wahrscheinlich.

Unabhängig davon, ob diese Zuwächse nun in diesem oder in niedrigerem Umfang eintreffen werden: Die Stadt Potsdam wird in den nächsten Jahren große Anstrengungen unternehmen müssen, um die Wohnungsnachfrage für die in Potsdam lebenden Menschen zu befriedigen und um den Wohnungsmarkt sozial ausgewogen zu gestalten.

Innerhalb von nur 12 Jahren ist ein rapider Wandel in Bezug auf die Wohnungs- und Einwohnersituation Potsdams feststellbar. Noch 1999 hatte die Stadt deutliche Einwohnerverluste zu verzeichnen und in den Neubauquartieren der DDR-Zeit waren Abwanderungen und Wohnungsleerstände ein großes Problem (s. STADT FORUM POTSDAM Dokumentation 1999, S. 14 ff). Diese kurzfristigen und zugleich heftigen Veränderungen sind kein Potsdamer Spezifikum. Auch für Berlin war - auf anderem Niveau - eine gleiche Entwicklung in den neunziger Jahren festzustellen. Dort hatte man ab 1993 für den erwarteten Einwohnerzuwachs umfangreiche Neubauprogramme gestartet, die dann teilweise ins Leere liefen, da die Entwicklung sich ins Gegenteil verkehrte und die Stadt zeitweilig sogar Einwohner an das Brandenburger Umland, darunter auch an Potsdam verlor.

Es wäre zudem falsch, sich nur von einem umfangreichen Wohnungsneubau eine Lösung der vielfältigen Probleme auf dem Feld einer sozial gerechten Wohnraumversorgung für alle Potsdamer BürgerInnen zu erwarten. Das entscheidende Handlungsfeld für diesen Bereich liegt vielmehr in der ausgewogenen und zukunftsfähigen Entwicklung des Wohnungsbestands in Potsdam. Nur eine langfristig ausgerichtete, soziale Mieten- und Modernisierungspolitik sichert allen Potsdamern das „Recht auf Stadt“ (Henri Lefebvre) und die Möglichkeit, eine Wohnung ihrer Wahl zu finden und darin auch wohnen zu bleiben. Das STADT FORUM POTSDAM wird sich auf einer seiner nächsten Sitzungen mit dem Thema „Soziales Wohnen in Potsdam – Bestandsentwicklung, Gentrifizierung und Mietenpolitik“ befassen.

Auch aus einem anderen Grund sollte Potsdam in Bezug auf Wohnungsneubau nicht in einen überzogenen Aktionismus verfallen: Der Einwohnerzuwachs und der Wohnungsneubau Potsdams tragen nämlich partiell zu einer Verschärfung der Disparitäten zwischen der Landeshauptstadt und den übrigen Kreisen und Städten des Landes Brandenburg bei. Für diese - ausgenommen die Städte im engeren Verflechtungsbereich - wird nämlich im gleichen Zeitraum ein erheblicher Einwohnerrückgang vorhergesagt, der zusammen mit der übergeordneten demographischen Entwicklung (Überalterung, Rückgang der Geburtenzahlen) für erhebliche strukturelle Probleme im Land Brandenburg sorgen könnte.

Trotz dieser Einschränkungen und trotz der auf andere Handlungsfelder verweisenden Zusammenhänge ist die Bereitstellung von bedarfsgerechtem Wohnungsneubau in allen Teilmärkten innerhalb kurzer Zeit wieder zu einem wichtigen kommunalpolitischen Thema in Potsdam geworden, das wegen seiner über die Stadt hinausreichenden Konsequenzen reif ist für vertiefte öffentliche Diskussionen. Im Mittelpunkt steht dabei die Frage, welche Qualitäten der zukünftige Potsdamer Wohnungsbau haben sollte, damit er angenommen wird, und an welchen Standorten dieser Wohnungsneubau errichtet werden sollte.

Im STEK Wohnen werden im Wesentlichen vier räumliche Bereiche innerhalb Potsdams als Schwerpunkte für den zukünftigen Wohnungsneubau benannt:

- Das Bornstedter Feld im Norden der Innenstadt, das aufgrund seiner verkehrlichen Anbindung und seiner infrastrukturellen Ausstattung besonders prädestiniert ist und v.a. für Geschosswohnungsbau vorgesehen ist.

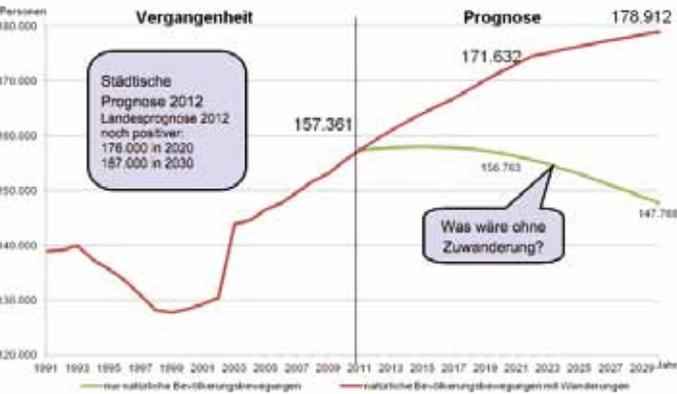
- Flächen in den Ortsteilen Krampnitz und Fahrland, die wegen ihres ländlichen Charakters und ihrer landschafts- bzw. naturräumlichen Qualitäten besonders für 1- bis 2- Familienhäuser in Frage kommen.
- Flächen in Golm und Eiche, die ebenfalls für 1- bis 2-Familienhäuser und für studentisches Wohnen vorgesehen sind.
- Der Bereich südlich des Hauptbahnhofs, der mit Flächen am Brauhausberg, an der Babelsberger Str. und am Standort des ehemaligen Tramdepots ein großes Potential v. a. im Geschosswohnungsbau aufweist.

Sehr viel Wohnraum kann auch durch die systematische Nutzung von potentiellen Bauflächen und Baulücken in bereits bebauten Innenstadtlagen bzw. durch die sog. Nachverdichtung geschaffen werden. Allerdings kann dies wegen des damit einhergehenden Verlusts an z. T. ökologisch wertvollen Freiflächen immer wieder zu Konflikten mit Anrainern führen.

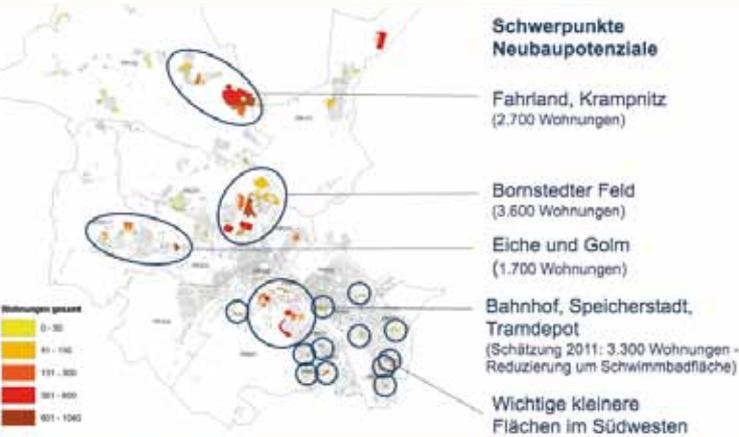
Im STEK Wohnen hat die Stadt einen Zuwachs von 14.500 Wohnungen bis 2020 ermittelt. Basierend auf einer sorgfältigen Nachfrageanalyse und einer Untersuchung der zukünftigen Veränderungen in der Bevölkerungsstruktur kommt die Stadtverwaltung zu dem Ergebnis, dass von dieser Gesamtzahl ca. 4.300 Wohnungen in 1- bis 2-Familienhäusern und 7.200 in Mehrfamilienhäusern, also im Geschosswohnungsbau geschaffen werden sollen. Darüber hinaus ist es notwendig, für bestimmte Bevölkerungsgruppen gezielt Wohnraumangebote zu schaffen und auf geänderte qualitative und ökologische Standards zu reagieren. Dazu gehören Wohnungen mit deutlich niedrigerem Energiebedarf (s. Klimaschutzkonzept der Stadt Potsdam) altengerechte Wohnungen oder Wohnungen mit flexiblen Grundrissen für neue Familien- und Wohnformen oder Wohnungen mit Bereichen, die teilgewerblich genutzt werden können (Selbständigkeit, Home offices).

Parallel zum Auslaufen von Sonderprogrammen zur Förderung des Wohnungsbaus sind in den letzten 10 Jahren relativ viele Wohnungen im mittleren und höheren Preissegment sowie im 1- und 2-Familienhausbereich entstanden, so dass es an Wohnraum im preisgünstigen Segment mangelt. Hinzu kommt die immer geringer werdende Zahl von Wohnungen mit Belegungsbindungen. Ein weiteres Defizit besteht im Bereich des studentischen Wohnens. Die mehr als 20.000 Potsdamer Studenten finden in Potsdam nur

Einwohnerentwicklung



Potenzialflächen nach Größe



Potenzialflächen nach Typen

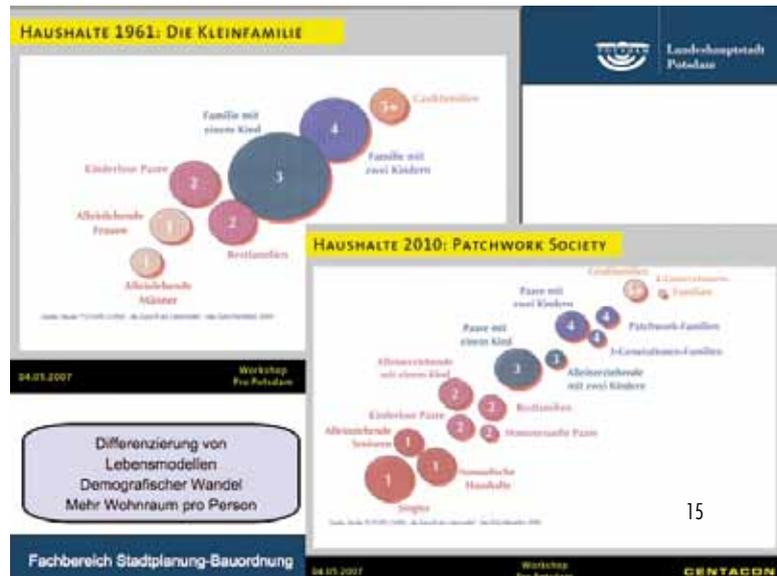


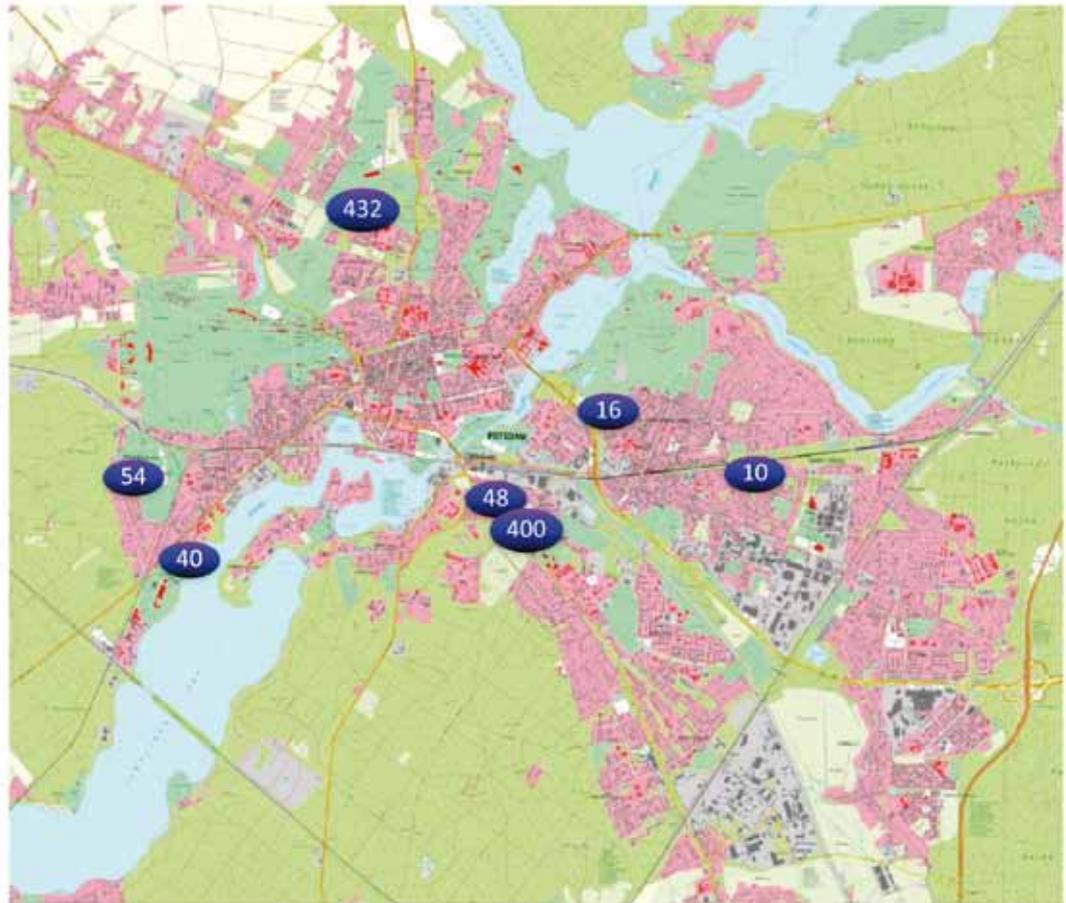
wenig Wohnraumangebote für ihren Bedarf. Viele Studenten weichen daher – nicht nur aus diesem Grund – auf Berlin als Wohnstandort aus. Eine gezielte Bindung von Studenten an Potsdam durch adäquate Wohnraumangebote wäre jedoch auch für die Stadt Potsdam sehr vorteilhaft, denn Studenten werden damit auch für ihr späteres Berufsleben, für die Gründung von Start-Up-Unternehmen oder bei ersten Schritten in die Selbständigkeit für Potsdam gewonnen.

Potsdam verfügt mit der ProPotsdam GmbH über ein großes und leistungsstarkes kommunales Wohnungsunternehmen. Die ProPotsdam GmbH hat sich ebenfalls auf die nun eingetretene Situation eingestellt und beabsichtigt, 1000 Neubauwohnungen bis 2020 fertig zu stellen. Auch die übrigen, genossenschaftlich organisierten Potsdamer Wohnungsunternehmen und eine Reihe von freien Wohnungsunternehmen werden mit ihren Bauaktivitäten spezifische Beiträge zur Lösung der Wohnungsprobleme leisten.

In den letzten Jahren haben sich auch in Potsdam Initiativen und Baugemeinschaften, die sog „Baugruppen“, gegründet, die nicht einfach als Nachfrager auftreten, sondern mittelfristig spezifische Vorstellungen zu ihrer Wohn- und Hausform entwickeln. Dazu gehören Gruppen, die gezielt soziale, ökologische und grundrissliche Standards anstreben, dafür ein Grundstück oder eine Finanzierung suchen und meist auch eine bestimmte gestalterische Qualität verwirklichen wollen. Diese Gruppen haben sich zu einem erst zu

Die Präsentation der Stadtverwaltung zur Wohnungsbauentwicklung für Potsdam. Bei der oberen Folie „Einwohnerentwicklung Potsdams“ ergibt sich der Anstieg im Jahr 2003 aus den Eingemeindungen.





Übersicht der Standorte für Wohnungsneubau der ProPotsdam bis 2019

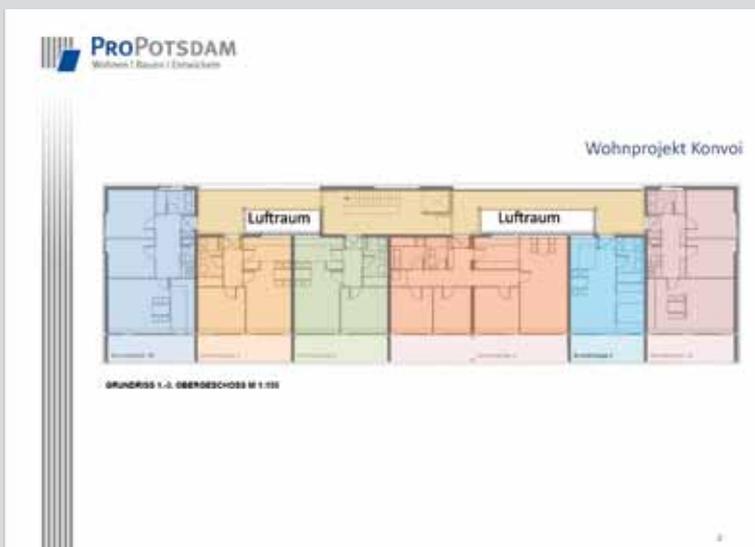
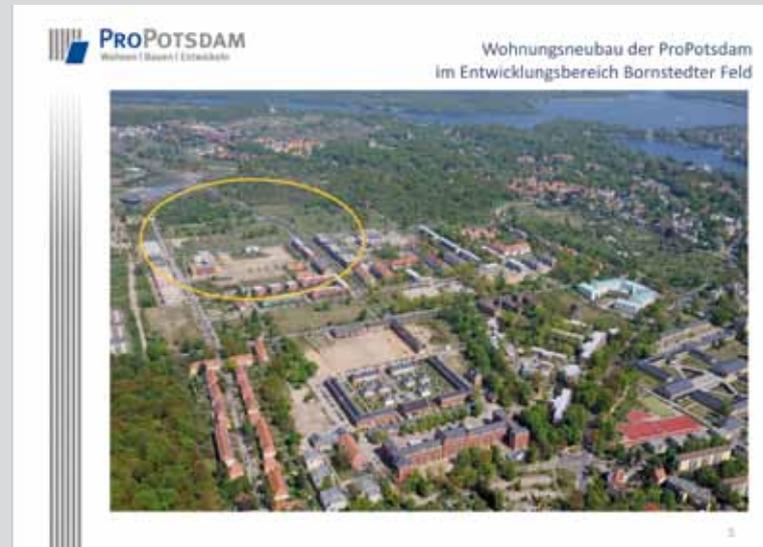
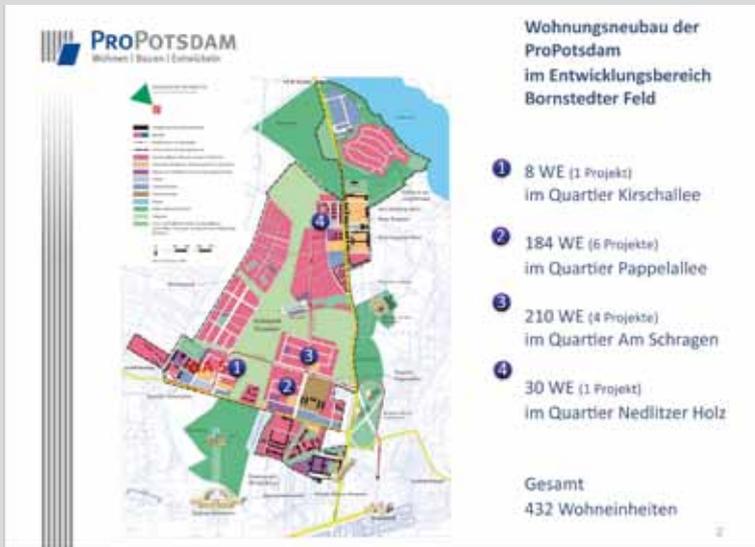
nehmenden Faktor entwickelt und sollten daher bei einer kommunalen Wohnungsstrategie berücksichtigt werden.

Für die Diskussion des Themas ergibt sich eine Reihe von Fragen, die öffentlich thematisiert werden könnten:

1. Wann stößt der für Potsdam prognostizierte Einwohner- und Wohnungszuwachs an strukturelle, finanzielle oder ökologische Grenzen? Wäre es sinnvoll, irgendwann über eine Umverteilung dieser Zuwächse innerhalb des Potsdamer Verflechtungsraums nachzudenken, um die immer größer werdenden

Disparitäten zum Potsdamer Umland abzubauen?

2. Verfügt die Stadt über die notwendigen finanziellen und personellen Ressourcen, um die für ein solches Wohnungsbauvolumen erforderliche soziale Infrastruktur (Kitas, Schule, Jugendeinrichtungen etc.) in zeitlicher Parallelität bereit zu stellen?
3. Welche Möglichkeiten müssen geschaffen bzw. genutzt werden, damit in Potsdam wieder mehr Wohnungen für einkommensschwache Bevölkerungsgruppen gebaut werden?
Kann die Stadt diese Möglichkeiten allein schaffen,



Präsentation der Pro Potsdam zum Wohnungs-
bau in Potsdam

kann sie Unterstützung vom Land erwarten?

4. Inwieweit kann die Stadt den bedarfsgerechten Wohnungsneubau durch gezielte Vergabe von kommunalen Grundstücken (Erbpacht) oder durch andere Möglichkeiten der Kostendämpfung beeinflussen?

5. Können neue Bauträger wie Baugruppen, Bauherrengemeinschaften etc. ebenfalls einen Beitrag zur Versorgung der Potsdamer Bevölkerung mit preisgünstigem Wohnraum leisten oder stellen diese neuen Bauherrenformen „nur“ eine Qualifizierung

innerhalb des Segments der einkommensstärkeren Bevölkerungsgruppen dar?

6. Kann die Stadt von anderen Städten lernen, wie man derartige Wohnungszuwächse verstetigt, ausbalanciert und mittelfristig besser steuert, damit man nicht in zu starke Abhängigkeit von derartigen, recht kurzfristigen Schwankungen auf dem Wohnungsmarkt gerät?

Für die Kerngruppe
Dr. Günter Schlusche



Ausgangssituation - Areal Alt Nowawes / Neue Straße / Mühlenstraße 2006

Neues Wohnen mit Baugemeinschaften auf Gewerbebrachen

Stadtforum Potsdam Juni 2012



Situation nach Um- bzw. Neubau: Aufteilung in 19 Einzelgrundstücke mit 31 Bauherren: 5 Einzelbauherren für das Kühlhaus und die Gebäude am Blockrand, Baugemeinschaften für 12 Stadthäuser, Baugemeinschaft für 14 WE in der Alten Brauerei mit Anbau

2. Beispiel: Mühlenstraße / Neue Straße



Bebauungskonzept

Aufteilung in 11 Einzelgrundstücke mit 10 Bauherren:

- Geförderter Altbau mit 6 WE mit Sozialbindung
- Neubau mit 18 WE, davon 6 WE mit Sozialbindung
- Altbau mit 5 WE, davon 2 WEE mit Sozialbindung
- Sechs Stadthäuser in einer Baugemeinschaft
- Eine Kleinkita mit 15 Plätzen
- Werkstattgebäude für Wohnnutzung

„Differenzierung und soziale Ausrichtung des Wohnungsneubaus für einen angespannten Potsdamer Wohnungsmarkt!“



Empfehlungen der Kerngruppe zur 44. Sitzung

Potsdams Wohnungsmarkt ist angespannt! Im mittleren und unteren Segment gibt es kaum noch verfügbare Wohnungen, die Mieten steigen und viele Mieter werden verdrängt und geraten in wirtschaftliche Probleme. Die Sitzung des STADT FORUMS POTSDAM hat gezeigt, dass die Stadtverwaltung und ProPotsdam diese Situation erkennen und notwendige Umsteuerungsmaßnahmen einleiten. Die Strategie von Pro Potsdam mit dem Ziel von 1000 Neubauwohnungen an mehreren Standorten bis 2019, aber auch die Beispielprojekte von Stadtkontor für Babelsberg weisen mit ihrer Vielfalt in die richtige Richtung. Angesichts des deutlich höheren Bedarfs sind sie jedoch nur ein kleiner Baustein: Die Mehrzahl der erforderlichen Wohnungen wird allerdings von privaten Investoren gebaut werden.



Die Teilnehmer der 44. Sitzung am 14.6.2012

Es gibt jedoch klare Anzeichen dafür, daß die Situation nicht mit einer Strategie des simplen Bauen! Bauen! Bauen! bewältigt werden kann. Die steigende Zahl von Baugruppen und anderen Wohnungsinitiativen, aber auch die enormen Änderungen der Wohnungsnachfrage zeigen dies. Zudem wollen Wohnungsnutzer früher in die Wohngestaltung eingebunden werden und haben z. T. sehr dezidierte Vorstellungen zu ihrer Wohnform, zu ihrem Standort und zur ökologischen und grundrisslichen Ausrichtung (z.B. Themenhäuser, neue Haushaltsformen, kleinere Wohnungen für Jüngere).



Erik Wolfram (Stadtverwaltung Potsdam) präsentiert die Potsdamer Strategien für Wohnungsbestand und -neubau

Die Wohnungsneubauten müssen stärker differenziert werden, zugleich muss das Primat der „Innenentwicklung vor Außenenerweiterung“ unbedingt eingehalten und die Klimaschutzrelevanz aller Neubauten beachtet werden. Der Vergleich mit Berlin zeigt, dass Potsdam durchaus etwas vorzuweisen hat. Allerdings muss die Stadt das Augenmerk stärker auf den sozialen Ausgleich und auf das Segment des preisgünstigen Wohnungsbaus legen. Dabei spielt neben dem Neubau, bei dem nur sehr begrenzte Möglichkeiten zur Niedrigpreisgestaltung bestehen, die sorgfältige Pflege, Ergänzung und Erneuerung des Altbaubestands eine entscheidende Rolle! Das STADT FORUM POTSDAM wird sich daher bald mit diesem Thema in einer öffentlichen Sitzung befassen.



Das Podium mit (v.r.n.l.) Ephraim Gothe, Prof. Hermann Voegen, Dr. Friederun Schreiber, Winfried Hamann, Dr. Rainer Baatz und Dr. Günter Schlusche

Für die Kerngruppe
Dr. Günter Schlusche



Winfried Hammann bei seinen Ausführungen zu neuen Qualitäten für den Potsdamer Wohnungsneubau



Ephraim Gothe (Staatssekretär, Senatsverwaltung für Stadtentwicklung und Umweltschutz des Landes Berlin) und Matthias Klipp (Dezernent für Stadtentwicklung und Bauen, Potsdam) am 14.6.2012



Die Teilnehmer der 44. Sitzung

Jörg-Michael Westphal (GF ProPotsdam) in der Diskussion



45. Sitzung des STADT FORUMS POTSDAM am 15.11.2012

„Zwischen Regierung, Mitbestimmung und Empörung - Bürgerbeteiligung in Potsdam“

Leitgedanken der Kerngruppe



Das Engagement von Bürgern in der baulich-räumlichen – und damit auch sozial-kulturellen – Entwicklung ihres städtischen Gemeinwesens hat in Deutschland eine jahrhundertalte Tradition. Die Formen und Verfahren dieses Engagements, also der Bürgerbeteiligung oder Partizipation, haben sich in den letzten 50 Jahren ständig neu ausgerichtet. Die Wende von 1989 hat deutlich gezeigt, welche politische Kraft dieses Engagement gewinnen kann: Die Initiativen von Potsdamer Bürger/inn/en für den Erhalt ihrer innerstädtischen Bauten und gegen die Zerstörung der natürlichen Ressourcen der städtischen Entwicklung waren ein maßgeblicher Faktor, der in Potsdam zum Fall der SED-Diktatur und zur Demokratisierung der gesellschaftlichen Entwicklung entscheidend beigetragen hat.

Auch in der alten Bundesrepublik ist die paternalistische Haltung der 50er und 60er Jahre („Stadtplanung geht uns alle an!“) im Zuge der Studentenbewegung und der Reformpolitik der sozialliberalen Bundesregierung Schritt für Schritt abgebaut worden. **Individuelles Engagement und direkte, freiwillige Beteiligung von Bürgern ist heute zu einer zentralen Grundlage der demokratischen Verfasstheit des Gemeinwesens geworden.** Das gilt in besonderer Weise für die Kommune, wo individuelles Engagement und politische Verantwortung am unmittelbarsten aufeinander treffen. In der heute gültigen Kommunalverfassung und im kommunalen Planungssystem ist die Bürgerbeteiligung eine feste Größe – die Verfahren, Vorgaben und Stufen der Beteiligung sind bundesrechtlich vorgegeben und haben sich ständig ausdifferenziert.

Auf der Landes-, Bundes- oder der europäischen Ebene ist die Bürgerbeteiligung anders geregelt und hat geringere praktische Bedeutung. Bei überörtlich bedeutsamen Verkehrsbauvorhaben wie z.B. dem Eisenbahn-, Wasserstraßen- oder Autobahnbau, aber auch beim Energietrassebau gelten engere Regelungen, die den Bürger/inn/en deutlich geringere Beteiligungsrechte einräumen. Für diese „privilegierten Sonderplanungen“ werden hochkomplexe, mehrstufige und viele Jahre umfassende Genehmigungsverfahren praktiziert, bei denen Vorentscheidungen z. B. zur Finanzierung schon in einem sehr frühen, für den normalen Bürger nicht erkennbaren Stadium getroffen. Damit werden Bindungen erzeugt, die im späteren Stadium der öffentlichen Debatte gar nicht mehr zur Disposition stehen. Bei dem Eisenbahnprojekt „Stuttgart 21“ hat dieses strukturelle Problem zu einem bundesweit bedeutsamen Planungskonflikt geführt: Eine formaljuristisch zulässige Planung mit weitestreichenden Folgen für die Stadt Stuttgart und andere Städte wurde nach lang anhaltenden Protesten noch einmal in begrenztem Umfang neu aufgerollt, um dann in Ergebnis eines aufwendigen Mediationsver-

fahrens noch eine Reihe von Änderungen und Auflagen zu erfahren. In einem landesweiten Bürgerentscheid wurde das Projekt grundsätzlich gebilligt, um die Einhaltung und Umsetzung der Auflagen wird jedoch bis heute intensiv gestritten.

Bei der Bürgerbeteiligung ist zwischen der **formellen d.h. gesetzlich geregelten und der informellen d.h. frei gestaltbaren Bürgerbeteiligung** zu unterscheiden. Die formelle **Bürgerbeteiligung ist in der kommunalen Bauleitplanung** am differenzier-testen geregelt. Bei der vorgezogenen Bürgerbeteiligung soll die Öffentlichkeit frühzeitig über die allgemeinen Planungsziele informiert werden und sich dazu grundsätzlich äußern. Bei der verbindlichen Bauleitplanung muß die konkrete Planung in allen Details dargelegt werden, die Stellungnahme der Bürger/inn/en müssen präzise darauf eingehen und zudem formalen Vorgaben entsprechen, um berücksichtigt zu werden. Die Planungsverwaltung wiederum muss dabei alle Einwände zur Kenntnis nehmen und in nachvollziehbarer Weise zueinander in Beziehung setzen („Abwägungsgebot“). Die formelle Bürgerbeteiligung ist im Normalfall vorhabenbezogen, d.h. sie kommt dann zur Anwendung, wenn für ein konkretes Bauvorhaben juristisch valides Planungsrecht geschaffen werden muss. In Potsdam ist die Praxis der formellen Bürgerbeteiligung v.a. im Aufstellungs- und Beschlussverfahren für Bebauungspläne in der Regel mustergültig und verläuft meist problemlos.

Die informelle Bürgerbeteiligung beruht nicht auf gesetzlichen Vorgaben, sondern entsteht aus der Mitte der Gesellschaft oft auch ohne konkrete Intervention oder Vorhaben und hat höchst unterschiedliche Handlungsbereiche oder Politikfelder im Fokus (z.B. lokale Agenda 21- Arbeitsgruppen zur internationalen Klimapolitik). Auf der kommunalen Ebene entsteht informelle Bürgerbeteiligung oft in einem bestimmten Quartier oder als Reaktion auf ein von Bürger/inn/en als Mißstand empfundenen Problem.

In Potsdam ist eine schwer überschaubare Anzahl von informellen Bürgerinitiativen auf höchst unterschiedlichen Feldern der Stadtentwicklung aktiv. Besonders bemerkenswert sind die seit vielen Jahren aktiven Bürgerinitiativen, die sich für die Rückgewinnung der Potsdamer Mitte eingesetzt und dadurch die politischen Entscheidungen der Stadt für deren Wiederaufbau maßgeblich mitgeprägt haben. Ein gutes Beispiel für ein quartiersbezogenes Bürgerengagement, das ohne größeren Planungsanlass entstanden ist, ist das **Stadtteilnetzwerk Potsdam-West**, das es sich zur Aufgabe gemacht hat, „ein attraktives abwechslungsreiches und kreatives bürgerschaftliches Engagement und nachbarschaftliches Mitei-

nander im Stadtteil Potsdam-West zu befördern“ (Auszug aus der Selbstdarstellung in der homepage).

Ein weiteres interessantes Potsdamer Beispiel mit Merkmalen der formellen wie auch der informellen Version ist die **Bürgerbeteiligung für das Projekt „Gartenstadt Drewitz“**, das 2009 aus einem von PRO POTSDAM initiierten Wettbewerbsbeitrag zur energetischen und umweltgerechten Umgestaltung des Neubaugebiets Potsdam-Drewitz entstand. Nach kritischen Reaktionen führte ein Werkstattverfahren unter Beteiligung des bereits existierenden Stadteilrats Stern/Drewitz/Kirchsteigfeld zur Bildung einer Bürgerversammlung Drewitz, die auf Basis eines StV-Beschlusses für die Dauer des Gartenstadt-Projekts eingerichtet wurde. Diese durch Wahlen legitimierte Bürgerversammlung setzt sich seit Mai 2011 für die Neugestaltung des Stadtteils ein und beteiligt sich seitdem aktiv an der Erarbeitung eines Leitbilds für diesen Stadtteil.

In diesen Kontext gehört auch das **STADT FORUM POTSDAM** selbst, das sich 1998 als bürgerschaftliche Initiative bildete mit der Aufgabe, „alle wichtigen Fragen der Potsdamer Stadtentwicklung zu behandeln – in wechselseitiger Verknüpfung von Fachwissen, bürgerschaftlichem Engagement und politischer bzw. administrativer Verantwortung“ (Auszug aus: STADT FORUM POTSDAM - Ziele und Merkmale).

Die große Vielfalt der praktizierten Konzepte von formeller und informeller Bürgerbeteiligung hat in den letzten Jahren unter dem wachsenden **Einfluss der Informationstechnologien und der sozialen Medien** einen weiteren Veränderungsschub erfahren. Diese neuen Technologien bekommen v.a. deswegen eine große Bedeutung, weil damit junge Menschen besonders angesprochen und aktiviert werden können und weil dadurch komplexe Sachverhalte möglicherweise einfacher kommuniziert werden können. Die **Ergebnisse der vom Stadtjugendring Potsdam 2012 durchgeführten Jugendbefragung** zeigt jedenfalls deutlich, „wie stark das Bedürfnis nach mehr Möglichkeiten der politischen Teilhabe bei den Potsdamer Jugendlichen ausgeprägt ist“. Hierfür ist jedoch „eine viel jugendgerechtere Ansprache nötig“, bei der „das Internet und die neuen sozialen Netzwerke als Kommunikationsmittel eine entscheidende Rolle“ spielen sollten.

Ein mögliches Instrument, das in diesem Zusammenhang immer häufiger genannt wird, ist die **„liquid democracy“**. Mit diesem Konzept soll die Bindung an starre Abläufe zugunsten einer innovativen Struktur der individuellen Teilhabe „verflüssigt“ werden. Dabei spielt das „delegated voting“ eine große Rolle, das dem Einzelnen

per Internet eine geteilte, je nach Sachfrage unterschiedene Präferenz zwischen Organisationen, Parteien und Personen erlaubt. Dieses Instrument wird mit der dazu gehörenden Software, der „**liquid feedback**“ bei Abstimmungen zunehmend eingesetzt, nicht nur bei der Piratenpartei, sondern auch bei anderen Organisationen wie der Berliner SPD, bei Vereinen und Gebietskörperschaften.

Bei aller Begeisterung für die Dynamik und Innovationsfähigkeit dieser Entwicklungen muß jedoch konstatiert werden, daß die Abhängigkeit dieser Beteiligungsformen von den neuen Medien zugleich auch bestimmte Bevölkerungsgruppen ausschließt, die diese Medien nicht nutzen wollen oder nicht nutzen können. Bei informellen Partizipationsverfahren kann sich zudem ein grundsätzlicher Widerspruch zwischen der direkten Demokratie und dem für unsere politische Ordnung konstitutiven Prinzip der repräsentativen Demokratie ergeben. Repräsentative Demokratie heißt, daß die politische Willensbildung des Einzelnen vorrangig durch Wahlen geschieht, bei denen Parteien als Instrument und Institution der organisierten Willensbildung eine wesentliche Rolle spielen. Die periodische Wahl von Parlamenten in den einzelnen Gebietskörperschaften legitimiert primär diese Gremien dazu, während der Wahlperiode alle erforderlichen Entscheidungen abschließend zu treffen. Bürgerbegehren und Bürgerentscheide sind dagegen Elemente direkter Demokratie, die erst in den letzten Jahrzehnten Bedeutung gewonnen haben und gesetzlich geregelt worden sind. Ein zentrales Primat der repräsentativen Demokratie, d.h. der Parlamente ist bis jetzt das Haushaltsrecht, also die Entscheidungsvollmacht über Art und Umfang der Ausgabe von öffentlichen Geldern, die der Staat oder die Kommune – meist per Steuer – eingenommen hat.

Ein aktuelles und aufschlussreiches **Beispiel für kommunale Bürgerbeteiligung in Potsdam ist der Neubau eines neuen Sport- und Freizeitbades**, der die Kommunalpolitik schon seit vielen Jahren beschäftigt. Im Jahr 2010 hatte die StVV nach langen Debatten entschieden, dieses Bad auf einem Standort im Potsdamer Norden (Volkspark Bornstedter Feld) zu bauen, und dafür ein Kostenvolumen von 18 Mio € vorgesehen. Bei der weiteren Planung ergaben sich jedoch Schwierigkeiten mit der Einhaltung dieses Kostenrahmens, außerdem formierte sich Widerstand gegen diesen Standort und für den Erhalt eines bestehenden Bads im Süden der Stadtmitte, nämlich auf dem Brauhausberg. Die Stadtverwaltung entschied sich für eine erneute Untersuchung der verschiedenen Varianten und in Abstimmung mit OB Jakobs auch für eine die StVV bindende und damit deren Beschluss zur Disposition stellende Bürgerbefragung, die sorgfältig und qualifiziert vorbereitet wurde. Diese ergab im Mai 2012

eine deutliche Mehrheit für einen Neubau des Stadtbads auf dem Brauhausberg und damit für die Variante, die nach Auffassung der Stadtverwaltung größere Planungsrisiken, höhere Kosten und spätere Fertigstellung des Stadtbades bedeutet. Die daraus resultierenden Konflikte sind noch lange nicht gelöst.

Vor dem Hintergrund dieser Entwicklungen und angesichts immer wiederholter Forderungen aus der Bürgerschaft nach neuen Anstößen in der Bürgerbeteiligung hat die Stadtverwaltung Potsdam vor zwei Jahren entschieden, die Debatte um Reformen in der kommunalen Bürgerbeteiligung voranzutreiben und durch eigene Initiativen und Vorschläge zu unterstützen. Nach einer Bestandsanalyse und mehreren Workshops bzw. Konferenzen wurde 2011 eine Arbeitsgruppe gebildet, die mithilfe zahlreicher Bürger und Bürgergruppen Überlegungen für eine modellhafte Beteiligungsorganisation erarbeitete und in weiteren Veranstaltungen zur Diskussion stellte. Daraus ist das Modell eines „**Büros für Bürgerbeteiligung**“ entstanden, das mit Verwaltungs- und externen Mitarbeitern besetzt sein und als eine Schnittstelle zwischen Verwaltung und Einwohnerschaft fungieren soll. Es hat zum einen die Aufgabe, die Beteiligungskultur innerhalb der Verwaltung zu stärken, zum anderen soll es die Bürgerinitiativen, Stadtteilräte etc. beraten und für sie als Kompetenzvermittlung dienen. Das auf drei Jahre angelegte Experiment dieses „Büros für Bürgerbeteiligung“, das mit den erforderlichen Finanzmitteln ausgestattet wird und nach einem Jahr evaluiert werden soll, ist im September 2012 von der StVV beschlossen worden, es wird bis Mitte 2013 seine Arbeit aufnehmen.

Alle Beteiligten verdienen große Anerkennung dafür, daß sie diese Initiative rechtzeitig, prospektiv und im Konsens gestartet haben und nicht erst als Reaktion auf einen Misserfolg tätig geworden sind. Auch die Möglichkeit einer dreijährigen Erprobung dieses Modells ist sehr zu begrüßen. Dieses Modell wird im STADT FORUM POTSDAM von den Projektverantwortlichen vorgestellt werden, die Vertreter von zwei Potsdamer Bürgergremien (Stadtteilnetzwerk Potsdam-West und Bürgervertretung Drewitz) sowie die eingeladenen Experten werden auf der Sitzung am 15.11.12 zu diesem Modell Stellung nehmen.

Für die Diskussion des Themas im STADT FORUM POTSDAM können auch die folgenden Fragen bzw. Thesen hilfreich sein:

1. Bürgerbeteiligung ist mit immer komplexer werdenden

Planungen konfrontiert, deren Anlässe und Ziele weit über den kommunalen Kontext hinausweisen. Der kommunale Rahmen erweist sich dafür oft als zu eng gesteckt. Ist die notwendige „strukturelle Aufwertung der Bürgerbeteiligung innerhalb des bestehenden Systems der repräsentativ ausgestalteten Demokratie“ (Prof. Roland Roth) mit verbesserten Verfahren und Instrumenten zu leisten oder bedarf es grundsätzlicher bzw. gesetzlicher Änderungen, etwa bei der Kommunalverfassung?

2. Informelle Planungsprozesse sind oft dadurch geprägt, daß nur eine verhältnismäßig geringe Zahl von – allerdings sehr kompetenten und überwiegend „netzaffinen“ – Bürgern sich in immer dynamischer werdenden Abstimmungszyklen daran beteiligen, während ein breiter Anteil von Bürger/inn/en sich wenig einmischt und eher auf die „klassischen“ Beteiligungsverfahren der repräsentativen Demokratie vertraut (bei tendenziell sinkender Wahlbeteiligung!). Dies könnte langfristig zu einer Schiefelage oder sogar zu einer Spaltung im Beteiligungsprozess führen. „Wer die Beschleunigung des Politikprozesses will, muss die Idee einer politischen Gleichheit der Bürger aufgeben.“ (Prof. Herfried Münkler)

3. Das auch in Potsdam seit einigen Jahren praktizierte Modell des Bürgerhaushalts, also eines disponiblen Anteils vom kommunalen Haushalt, der nach sorgfältig bestimmten Kriterien und Auswahlverfahren gemäß den Präferenzen der Bürger/inn/en vergeben wird, stößt dort an seine Grenzen, wo die kommunale Realität durch wirtschaftliche Probleme, Schrumpfung und radikale Sparzwänge geprägt ist. Wie kann vermieden werden, dass das Instrument des Bürgerhaushalts in diesen Fällen zu blosser „Beratung beim Sparen“ (Dr. Carsten Herzberg) verkommt?

4. Bei bestimmten Planungen, die durch den Grad ihrer Formalisierung schwerer durchschaubar sind, ist verstärkt die sog. NIMBY-Haltung („Not in my backyard“ – „Nicht vor meiner Haustür“) vorzufinden, bei der besser gestellte und juristisch versierte Bürger es gut verstehen, negative Auswirkungen einer Planung für ihren Einflussbereich abzuwehren, während die „normalen“ Bürger, die womöglich von einer solchen Planung profitieren, sich wenig artikulieren. Damit wird die soziale Ausgewogenheit von Planungszielen tendenziell gefährdet.

Für die Kerngruppe Dr. Günter Schlusche



Auszüge aus der Präsentation von Daniel Wetzel (Medienlabor Potsdam) zum Potsdamer Konzept für das „Büro für Bürgerbeteiligung“

BÜRO FÜR BÜRGERBETEILIGUNG



GRUNDSÄTZE DER BÜRGERBETEILIGUNG

- Verbindlichkeit
- Frühzeitige Einbeziehung
- Informationsbereitstellung
- Kommunikation
- Aktivierung
- Anerkennungskultur
- Gleichbehandlung

BÜRO FÜR BÜRGERBETEILIGUNG

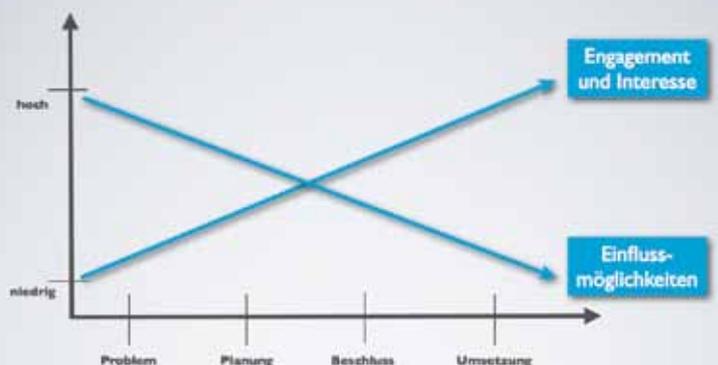
Aufgaben:

- zentrale Koordinations- und Steuerungseinheit
- Kompetenzzentrum und Partner der Verwaltung
- „Schnittstellen“-Management
- Vernetzung innerhalb der Stadtteile
- Information und Kommunikation

BÜRO FÜR BÜRGERBETEILIGUNG

Struktur

- Zweigliedrige Struktur
- Verwaltung & freier Träger bilden gemeinsam das Büro für Bürgerbeteiligung



Das Partizipations-Paradox

a) Zum Spannungsverhältnis zwischen Staat und Bürgergesellschaft

Kategoriale Differenzen zwischen Staat und Bürgergesellschaft

Staat (als Verwaltung)	Bürgergesellschaft
System	Lebenswelt
Macht	Verständigung
vertikal	horizontal
Rechtsstaatsprinzip	Aktionslogik
Kontinuität	Spontaneität

Serge Embacher (Bundesnetzwerk Bürgerschaftliches Engagement), Partizipation, Bürgerbefragung, Bürgerbeteiligung – eine neue Qualität?

Die 3 Standbeine der Demokratie



Verbindlichkeit

Bürgerbeteiligung muss verbindlich sein können.

- Übernahme der Ergebnisse durch gewählte Vertretung und Verwaltung (bspw. bei Prozessen mit diversen und kleinteiligen Ergebnissen)
- direktdemokratische Abstimmung der Bürgerschaft an Abstimmungstagen (bspw. bei Prozessen mit in sich geschlossenen Ergebnissen)

➔ Demokratische Legitimität sichern

Verfahrenshoheit

Der Weg „Bürgerbeteiligung“ sollte Politik und Bürgerschaft offen stehen.

- obligatorische Bürgerbeteiligung, weil bestimmte Voraussetzungen erfüllt sind
- Bürgerbeteiligung durch Ratsentscheid, weil das Wissen der Bürgerschaft gebraucht wird
- Bürgerbeteiligung durch ein Bürgerbegehren, weil die Bürgerschaft unmittelbar mitgestalten möchte

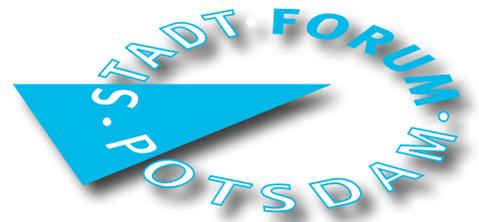
➔ Bürgerbeteiligung darf auch „stören“

MEHR DEMOKRATIE



Nils Jonas (Verein Mehr Demokratie e.V.), Bürgerbeteiligung als drittes Standbein der Demokratie

„Ein Büro für Bürgerbeteiligung in Potsdam – denn die Zukunft unserer Stadt liegt in der Akzeptanz ihrer Bürger!“



Empfehlungen der Kerngruppe zur 45. Sitzung

Bürgerengagement ist eine wertvolle, ja zentrale Ressource für die Zukunftsfähigkeit unserer Gesellschaft! Das haben die zahlreichen Teilnehmer der Veranstaltung des STADT FORUMS POTSDAM zum Thema Bürgerbeteiligung deutlich erkannt. Das auf der Sitzung vorgestellte Konzept des „Büros für Bürgerbeteiligung“ ist ein wichtiger Schritt für Potsdam, der von den eingeladenen Fachleuten wie von den Vertretern der Potsdamer Initiativen grundsätzlich positiv beurteilt wird. Dieses Büro mit seiner zweigliedrigen Struktur aus Verwaltung und freien Trägern sowie mit dem begleitenden Beteiligungsrat kann zu einem wirklich wichtigen Angebot der Aktivierung und Qualifizierung von bürgerschaftlichem Engagement werden – und gerade die städtische Administration sensibilisieren.

Unsere repräsentative Demokratie ist von einer latenten Vertrauenskrise bedroht – die sinkende Wahlbeteiligung, die z.T. heftigen kommunalpolitischen Konflikte und die grassierende Politikverdrossenheit sprechen eine deutliche Sprache. Auch Potsdam mit seinem vergleichsweise hohen bürgerschaftlichen Engagement ist davor nicht gefeit. Umso wichtiger ist es, daß die Stadt mit der Initiative für das Büro für Bürgerbeteiligung bereits im Vorgriff initiativ geworden ist.

Dieses Experiment sollte sorgfältig und öffentlich nachvollziehbar ausgewertet werden, um dann ggf. in modifizierter Form fortgeführt zu werden. So sollte dieses Angebot auch in die Stadtteile und Quartiere gebracht werden. Der Beteiligungsprozess sollte verstetigt und von sich ändernden politischen Mehrheiten unabhängig gemacht werden. Und die latente Konkurrenz zur Stadtverordnetenversammlung - der Verkörperung der repräsentativen Demokratie - sollte im Auge behalten und offen angegangen werden, dann wird Bürgerbeteiligung für Potsdams Stadtentwicklung zu einer substantiellen Bereicherung.

Für die Kerngruppe
Dr. Günter Schlusche



Das Podium mit (v.l.n.r.) OB Jann Jakobs, Dr. Günter Schlusche und Moderator Prof. Hermann Voesgen



Kay-Uwe Käersten trägt die Leitgedanken der Kerngruppe vor.



OB Jann Jakobs bei seinem Vortrag auf der 45. Sitzung



Das Ursprungskonzept

- Vorge stellt im September 2011 durch den Oberbürgermeister
- Kernelemente dieses Konzeptes:
 1. Die Etablierung eines Büros für Bürgerbeteiligung
 2. Die Bereitstellung einer Online-Dialogplattform
 3. Die Integration bestehender Beteiligungsmöglichkeiten
 4. Die konkrete Beschreibung einer möglichen Zusammenarbeit aller beteiligten Akteure
 5. Der zielführende Einsatz von Beteiligungsinstrumenten, z.B.: Bürgerdialog, Stadteifonds

Das Podium der 45. Sitzung am 15.11.2012



Daniel Wetzel vom Medienlabor Potsdam stellt das Konzept des „Büros für Bürgerbeteiligung“ vor
Diskussion unter den Teilnehmern der Sitzung am 15.11.2012



Klaus Mohrholz-Wensauer berichtet zum Modell der Bürgervertretung Dretwitz



Dr. Rainer Baatz während seines Diskussionsbeitrags



Ziele und Merkmale

Potsdam steht im Umbruch. Wichtige Entscheidungen für die Stadtentwicklung sind getroffen - die Vielzahl der von öffentlicher wie privater Seite realisierten Maßnahmen, die eingeleiteten Bauprojekte, Planungen und das damit in der Stadt investierte Finanzvolumen sind ein beeindruckender Beleg dafür. Die Wiederherstellung der Potsdamer Kulturlandschaft, die Sanierung der Altstadt Potsdams und Babelsbergs sind auf gutem Wege und tragen massgeblich dazu bei, dass Potsdam seine Reputation als Landeshauptstadt und kulturelles Zentrum gewinnt. Zugleich ist Potsdam im Begriff, sich mit den restrukturierten Hochschulen und den zahlreichen inner- und außeruniversitären Forschungseinrichtungen ein zukunftsweisendes Profil als Wissenschafts- und Dienstleistungsstadt zu verschaffen.

Trotzdem gibt es auch in Potsdam Schwierigkeiten bei der Fortführung dieser Prozesse: Die Reibung zwischen den traditionellen und modernen Stadtbau-Positionen, der nicht einfache Umgang mit dem Status wichtiger Elemente Potsdams als Weltkulturerbe, die konfliktreiche Entwicklung zur Dienstleistungsstadt, die Divergenzen zwischen dem historischen und dem gegenwärtigen Wohnort Potsdam, der Anspruch, als Landeshauptstadt aus dem Schatten Berlins herauszutreten. Für die politische Spitze ist die Überwindung der Kommunikationsdefizite und die Gewinnung aller Kräfte für einen gemeinsamen Kurs eine sich immer wieder neu stellende Herausforderung.

Genau hier setzt die Initiative für ein STADT FORUM POTSDAM an, für eine Institution, die wesentliche Kräfte und Instanzen der Stadt zusammenführt und mit direkten Kommunikationsformen den Prozess der Neuausrichtung der Stadtpolitik inhaltlich untermauert, fachlich qualifiziert und durch öffentliche Debatten transparent macht. Das STADT FORUM POTSDAM stellt sich die Aufgabe, alle wichtigen Fragen, Aspekte und Konflikte der Potsdamer Stadtentwicklung zu behandeln - in wechselseitiger Verknüpfung von Fachwissen, bürgerschaftlichem Engagement und politischer bzw. administrativer Verantwortung. Das STADT FORUM POTSDAM will nicht erst tätig werden, nachdem die Würfel gefallen sind, sondern will über Zusammenhänge, bereits vorliegende Ergebnisse und Hintergründe aufklären, bevor die Entscheidungen getroffen werden. Das STADT FORUM POTSDAM versucht, als „Verhandlungsgremium zu kooperativen Lösungen beizutragen“ (Erika Spiegel). Voraussetzung dafür ist der unvoreingenommene, gleichberechtigte Dialog aller engagierten Personen - jenseits ihrer formalen Legitimation.

Eine derartige Institution reagiert auf die erhöhte Dynamik der Stadtentwicklungsprozesse und die Umwälzung vormals gültiger Rahmenbedingungen, die auch die Instrumente und Methoden der Planung nicht unberührt lässt. Der gezeichnete Plan, ob nun als rechtlich normierter Flächennutzungsplan oder als künstlerisch ambitionierter Masterplan, hat eine nachlassende Steuerungskraft. Neben der Gewährung von Entwicklungs- und Nutzungsrechten durch die öffentliche Seite bildet sich zunehmend ein komplexer Verhandlungsprozess heraus, in dessen Verlauf die gegenseitigen Interessensphären abgesteckt, Rechte und Pflichten kalkuliert und dann in verschiedenen Vertragsformen fixiert werden. Die Verwaltung ist in diesem Prozess nicht länger nur gewährende Instanz, sondern spielt eine aktive Rolle z.B. als Mediator, indem sie Prioritäten setzt und Konsequenzen alternativer Sachentscheidungen aufzeigt - sie ist ihrerseits auf die aktive Teilnahme der anderen Akteure genauso angewiesen. Die Politik wiederum bedarf der fortlaufenden konsultativen Rückkopplung jenseits der periodischen Wahltermine, wenn sie ihre notwendigen Entscheidungen legitimieren will.

Modernes Regieren bedeutet nicht Expertenherrschaft, sondern besteht aus kooperativem Aushandeln - gerade auf der kommunalen Ebene. Leitmotiv des STADT FORUMS POTSDAM ist nichts anderes als der Gedanke, dass die manchmal mühsame Suche nach Kompromissen und nach politischem wie sozialem Ausgleich der bei einem bestimmten Thema deutlich gewordenen Interessengegensätze lohnender und auf lange Sicht tragfähiger ist als der Ruf nach dem „Ruck“, nach der scheinbar entschlossenen, womöglich noch ohne parlamentarischen Rückversicherung zustande gekommenen politischen Tat.

In den ersten Jahren des STADT FORUMS POTSDAM wurden wichtige Beiträge in der öffentlichen Diskussion von Themen geleistet, die eine eher aktuelle Begründung hatten. Nachdem eine beachtliche Wegstrecke der Wiederherstellung und Reparatur städtischen Lebens und öffentlichen Raums gewidmet war, deuten sich nun Themen wie die Zukunft der Potsdamer Mitte oder die verbesserte Nutzung des Wissenschaftspotentials für die Stadtentwicklung an. Ein Beitrag des STADT FORUMS POTSDAM könnte in diesem Sinne die Thematisierung neuer Perspektiven und Modelle für eine zukünftige Stadtentwicklung sein, ohne dabei natürlich die gewachsenen Themen und die tagespolitische Aktualität zu vernachlässigen. Freilich kann der Versuch, neue Richtungen und Impulse anzureißen, nur ein Ansatz sein. Eine zukunftsorientierte städ-

tische Entwicklung benötigt jedoch eine gute Portion Visionen, um Leitlinien und Zielrichtungen zu finden und gerade angesichts materieller Zwänge nicht aus den Augen zu verlieren. Ein Modell der 'Ideal-Stadt' Potsdam - im interdisziplinären Diskurs entwickelt als neuer thematischer Akzent des Forums - könnte ein solches Leitbild darstellen.

Die Arena, in der sich ein solch interaktiver Kommunikationsprozess vollzieht, kann ein Stadtforum sein, wenn es Kontinuität und Breite der angesprochenen Interessen verkörpert, wenn es durch qualifizierte, entscheidungsnaher Arbeit Verbindlichkeit erzeugt, wenn es stadtpolitische Akzeptanz erwirbt und wenn die Politik ihren Beratungsbedarf eingesteht. Das Gelingen des innovativen Experiments STADT FORUM POTSDAM bleibt also an eine Reihe von Voraussetzungen geknüpft, es bedarf einer gewissen Zeit und es benötigt Engagement und konstruktiven Ehrgeiz. Ziel bleibt die Erarbeitung eines übergreifenden, aber stabilen Konsenses über die Entwicklung und das Bild der Stadt - Schritt für Schritt, in öffentlicher Rede und Gegenrede, ergebnisorientiert, aber nicht harmoniesüchtig, jenseits eingefahrener Denkweisen, aber realitätsnah. Die Unterstützung durch die Stadtverordnetenversammlung, die enge Kooperation mit den politischen Repräsentanten, der Verwaltung und den zahlreichen Institutionen, Initiativen und Vereinszusammenschlüssen von Potsdamer Bürgern sind unerlässliche Voraussetzungen dafür.

Dr. Günter Schlusche
Udo Müller





Blick vom Brauhausberg auf den Alten Markt und den Landtagsneubau
(Oktober 2012)

1. Das STADT FORUM POTSDAM ist ein unabhängiges, fachübergreifendes und öffentlich tagendes Gremium, das zur inhaltlichen Neuausrichtung der Stadtentwicklung Potsdams wichtige Impulse geben will.
2. Im STADT FORUM POTSDAM arbeiten Mitglieder öffentlicher und privater Institutionen mit. Jede/r hat gleiches Rederecht, jenseits seiner/ihrer formalen Qualifikation. Die Mitglieder des STADT FORUMS POTSDAM werden persönlich eingeladen. Sie verstehen sich als engagierte, dem Gemeinwohl der Stadt verpflichtete Individuen, nicht etwa als weisungsgebundene Delegierte.
3. Das STADT FORUM POTSDAM tagt regelmäßig zu unterschiedlichen, jedoch qualifiziert vorbereiteten Themen. Die Sitzungen werden vom Moderator geleitet. Eine Kerngruppe ist verantwortlich für die inhaltliche Steuerung, die Einladung der Mitglieder sowie die Vor- und Nachbereitung der Sitzungen. Sie bildet zusammen mit den in „Bänken“ gegliederten Mitgliedern das Plenum.
4. Die Mitglieder bringen alle verfügbaren Informationen ein - nach dem besten Stand ihres Wissens. Die Hinzuziehung von Experten und das Einsetzen von Arbeitsgruppen ist möglich.
5. Das STADT FORUM POTSDAM erarbeitet Positionen in einem transparenten, für alle Blickrichtungen offenen Verfahren, es stimmt nicht ab. Ziel ist die konsensorientierte Erarbeitung von Problemlösungen und Empfehlungen, nicht der bloße Austausch von Standpunkten.
6. Für die erfolgreiche Arbeit des STADT FORUMS POTSDAM ist die enge Zusammenarbeit und Unterstützung durch Politik und Verwaltung v.a. der Landeshauptstadt Potsdam unverzichtbar. Die Mitglieder des STADT FORUMS POTSDAM erwarten, daß die von ihnen erarbeiteten Empfehlungen und Positionen bei den Entscheidungen der politisch und fachlich Verantwortlichen berücksichtigt werden.
7. Die Sitzungen des STADT FORUMS POTSDAM werden protokolliert, die Empfehlungen werden schriftlich zusammengefasst.
8. Für die Organisation und das technische Management (Einladungen, Adressen, Materialien usw.) ist eine Geschäftsstelle verantwortlich, die auch zwischen den Sitzungen als Anlaufstelle fungiert.

Diese Arbeitsvereinbarung wurde auf der konstituierenden Versammlung des STADT FORUMS POTSDAM am 25.3.1998 zustimmend zur Kenntnis genommen.

Nicht einfach nur Bauen

Stadt Forum Potsdam fordert soziale Ausrichtung

Potsdam. Das Stadt Forum Potsdam fordert eine stärkere Differenzierung und eine soziale Ausrichtung des Wohnungsneubaus in der Landeshauptstadt. Zudem müsse in der Stadt das Primat „Innenentwicklung vor Ausdehnung“ unbedingt eingehalten werden. Die Stadt müsse außerdem „das Augenmerk stärker auf den sozialen Ausgleich und auf das Segment des preisgünstigen Wohnungsbaus legen“, lauteten die Empfehlungen der Kerngruppe des Stadt Forums. Die Pflege, der Erhalt und die Erneuerung des Altbaubestandes spielten dabei eine wichtige Rolle, da nur „sehr begrenzte Möglichkeiten zur Niedrigpreisgestaltung“ bestünden. Die zurückliegende Sitzung des Stadt Forums Potsdam habe aber auch gezeigt, dass die Stadtverwaltung und ProPotsdam diese Situation erkennen und notwendige Umsteuerungsmaßnahmen einleiten, hieß es in einer Mitteilung. Die Strategie von ProPotsdam mit dem Ziel von 1.000 Neubauwohnungen an mehreren Standorten bis 2019, aber auch die Beispielprojekte von Stadtkontor für Babelsberg gingen mit ihrer Vielfalt in die richtige Richtung. Es gebe allerdings auch klare Anzeichen dafür, dass die Situation nicht mit einer „Bauen! Bauen! Bauen!“-Strategie bewältigt werden könne. Die steigende Zahl von Baugruppen und anderen Wohnungsinitiativen, aber auch die enormen Änderungen der Wohnungsnachfrage zeigen dies, hieß es seitens des Stadt Forums. Zudem müssten Wohnungsnutzer früher in die Wohnungsgestaltung eingebunden werden, da zum Teil sehr dezidierte Vorstellungen zu ihrer Wohnform, zu ihrem Standort und zur ökologischen und grundrisslichen Ausrichtung bestünden. red

PNN 19. April 2012

Forum zur Kunsthalle

Jakobs: Auswärtige Experten sollen teilnehmen
Studentenausschuss: Mercure als Wohnheim

Ein Sonder-Stadtforum zum Hotelstandort Mercure hat Oberbürgermeister Jann Jakobs gestern bei der Bekanntgabe der Stadtforum-Themen für 2012 vorgeschlagen. „Es geht dabei nicht vordegründig um DDR-Architektur, sondern um etwas, was als Störendes empfunden wird“, sagte Jakobs. Der Mercure-Standort ist bekanntlich der von Kunstmäzen Hasso Plattner und dem Oberbürgermeister bisher bevorzugte Standort für den Bau einer Kunsthalle, deren Bau die Plattner-Stiftung finanzieren will. Jakobs erinnerte daran, dass die Diskussion des Ausschreibungsverfahrens zur Alten Fahrt im Stadtforum im vergangenen Jahr zur Meinungsfindung sowie zur großen Mehrheit in der Stadtverordnetenversammlung beigetragen habe. „Das Stadtforum ist eines der ältesten Beteiligungsgremien in Potsdam und geradezu ein Muster für andere Veranstaltungen dieser Art“, sagte er. Die ehrenamtliche Arbeit der Mitglieder der Kerngruppe sei nicht hoch genug einzuschätzen. Der Leiter der „Geschäftsstelle Stadtforum Potsdam“ Günter Schlusche sowie die Mitglieder des Kernteams begrüßten den Vorschlag von Jakobs. „Wir wollen immer auch auf aktuelle Entwicklungen reagieren“, sagte Schlusche. Wenn das Thema relevant bleibe, werde er mit dem Team des Stadtforums die Veranstaltung vorbereiten. Vier bis sechs Wochen Vorbereitung seien hierfür notwendig. Schlusche erinnerte an die gut besuchte Veranstaltung über „DDR-Architektur in Potsdam“ im Juni 2011 im Treffpunkt Freizeit. „Wir waren bemüht, das Thema zu versachlichen und zu entideologisieren“, sagt er. Ähnlich werde es bei einem Stadtforum zum Mercure, zu dem er wieder auswärtige Experten einladen werde, geschehen. Bisher sind 2012 drei Stadtforum-Sitzungen geplant. Die erste findet heute Abend ab 18 Uhr in der Französischen Kirche statt. Es geht um das Stadtentwicklungskonzept Verkehr. Die zwei weiteren Veranstaltungen beschäftigen sich am 14. Juni mit Wohnen in Potsdam und am 15. November mit Bürgerbeteiligung in der Stadtentwicklung. Unterdessen hat sich der Studierenden-ausschuss der Potsdamer Universität (ASTA) für den Erhalt des früheren Interhotels ausgesprochen und die Nutzung als Studierendenwohnheim vorgeschlagen. Wie der ASTA gestern mitteilte, sei es zwar nachvollziehbar, „dass eine Kunsthalle sicherlich schön und reizvoll ist“. Aber in Potsdam herrsche auch ein „immer gravierend werdender Mangel an bezahlbarem und verkehrsgünstig angebundenem Wohnraum“. Das Mercure biete viele kleine Wohneinheiten und könnte zudem die demnächst wegfallende Innenstadtmensa ersetzen. „Ich kann mir gut vorstellen, dass eine Fassadenrenovierung, die das Gebäude an die historischen Fassaden der Stadt anpassen würden, günstiger als ein Abriss wäre“, erklärte Alexander Gayko, ASTA-Finanzreferent. ASTA-Öffentlichkeitsreferent Daniel Sittler: „Das Mercure gehört zu Potsdam, wie Schloss Sanssouci oder das Neue Palais.“ GÜNTER SCHLUSCHE (MIT EP

MAZ 21. April 2012

Märkische Allgemeine

Sie befinden sich hier: » Märkische Allgemeine » Lokales » Potsdam » Lokalnachrichten

21.04.2012

Verkehrskonzept besteht Bürgertest

Kaum Protest zu Plänen der Stadt bis 2025

POTSDAM / INNENSTADT - Überraschend wenig Streit entzündete sich bei der ersten öffentlichen Vorstellung des Verkehrsentwicklungskonzepts am Donnerstagabend in der Französischen Kirche. Obwohl die Stadt einem dritten Havelübergang sowie der innerstädtischen Entlastungsstraße eine endgültige Absage erteilen möchte, obwohl sie den Autoverkehrsanteil bis 2025 von 32 auf 23 Prozent senken und die Parkgebühren verdoppeln möchte, erntete sie kaum Protest und eher Lob.

Selbst Jörg Becker vom ADAC kündigte an, keinesfalls „nur freie Fahrt für Autos“ zu fordern. Potsdam habe nunmal zu viel Wasser und zu wenig Brücken, da müsse man sich arrangieren. Er bat die Stadt lediglich darum, die Bürger mitzunehmen und die Reihenfolge zu beachten: Nicht erst die Autofahrer zu vergraulen und ihnen dann Alternativen anzubieten, sondern umgekehrt. Jost Kremmler vom Umweltverband BUND nannte das Konzept „ausgewogen und fundiert“ und war lediglich enttäuscht, dass die saubere Luft erst bis 2025 erreicht werden soll. Über den ausbleibenden Streit war Baudozent Matthias Klipp (Grüne) so verblüfft, dass er ein paar Provokationen anbot, aber selbst die wollten bei den rund 50 Zuhörern des vom „Stadtforum Potsdam“ organisierten Abends nicht so recht zünden. Sie begeisterten sich lieber für zwei Projekte von Studenten im Bereich Verkehrsplanung, die eine neue Tramführung Am Kanal und eine Kombibahn vorschlugen, mit der man Tram und Eisenbahn verknüpfen kann. bos



Sie befinden sich hier: Märkische Allgemeine » Lokales » Potsdam » Lokalnachrichten

19.04.2012

**Verkehr, Wohnen und Bürgerbeteiligung
Stadtforum stellt Themen für 2012 vor**

Das Verkehrskonzept der Stadt, Fragen an den Wohnungsbau und neue Beteiligungsformen in Sachen Stadtentwicklung – das sind die Themen der drei Sitzungen des diesjährigen „Stadtforums Potsdam“, dessen Jahresprogramm Oberbürgermeister Jann Jakobs und Günter Schlusche von der Kerngruppe gestern vorstellten. Vor den Themen kam das Lob: Das Forum sei längst eine „wichtige öffentliche Institution geworden“, die auch einen Beitrag zur „Entideologisierung“ der Baudebatten in der Stadt leiste, so Jakobs. Nachdem die Bürgerbeteiligung in diesem Jahr ein bestimmendes Thema sei, müsse man unterstreichen, dass das Stadtforum eines der ältesten und bewährtesten Beteiligungsinstrumente der Stadt sei. Jakobs schloss nicht aus, dass „notfalls“ in diesem Jahr noch eine vierte Sitzung nötig wird, falls die von Hasso Plattner in Aussicht gestellte Kunsthalle wirklich an den Lustgarten rücken könnte, dort aber auf den Widerstand der Freunde eines ganz historischen Grundrisses stieße, die nach dem Abriss des Hotels Mercure dort jede Bebauung verhindern wollten.

Den Auftakt jedenfalls macht am heutigen Donnerstag die Debatte um das Verkehrskonzept – ab 18 Uhr in der Französischen Kirche am Klinikum. Neben Bauderzernat Matthias Klipp werden dort Vertreter vom ADAC, dem Umweltschutzverein BUND und jene Studenten sprechen, die kürzlich eine neue Tram-Linienführung vorgeschlagen und damit den Schinkelpreis gewonnen haben. Das Forum zum Wohnen ist für den 14. Juni vorgesehen, das für die Bürgerbeteiligung am 15. oder 22. November. (bos)

16.06.2012 | von Guido Berg

PNN 16. Juni 2012

„Bauen, bauen, bauen“

von Guido Berg

Die Diskussion im Stadtforum über die Wohnungssituation in Potsdam verdeutlichte die Komplexität des Themas, zeigte aber auch Lösungen auf

Nur wenige verirrt sich am Donnerstagabend in den Treffpunkt Freizeit, um sich bei einer Podiumsdiskussion des Stadtforums über die Wohnungssituation zu informieren. Von den 2500 Demonstranten, die jüngst für einen Stopp des Mietenerstiegs in Potsdam eintraten, war nichts zu merken. Gleichwohl legten sich die Dekutanten keine Zurückhaltung auf und diskutierten das Thema Wohnen in Potsdam kontrovers. Der Baubeigeordnete Matthias Klipp (Bündnisgrüne) stellte fest, dass Potsdam aufgrund seines Bevölkerungszuwachses mittlerweile „einen Vermietermarkt“ habe, die Vermieter seien es, die die Mietpreise aufgrund der hohen Wohnnachfrage definieren könnten. „Viele Mieter haben Angst“, sagte Klipp.

Klapps Mitarbeiter Erik Wolfram lieferte die Zahlen: So prognostizierte die Landesregierung, dass Potsdam im Jahr 2020 etwa 176 000 Einwohner haben werde und 2030 bereits 187 000. Derzeit sind es 157 000. Wolfram räumte mit dem Vorurteil auf, Potsdam werde zur Seniorenstadt: Von den 1800 neuen Potsdamern im Jahr seien 1000 Jugendliche im Alter zwischen 15 und 26 Jahren. „Das sind keine Reichen“, erklärte Wolfram. Die momentan ausgewiesenen Wohnbaupotenziale in der Stadt: in Fahrland, Kramnitz, dem Bornstedter Feld, in Eiche und Golm, der Speicherstadt, an der Heinrich-Mann-Allee und auf dem Brauhausberg ermöglichen den Bau von 14 600 Wohnungen. Hinzu kämen noch 2000 Wohnungen bei der Nutzung aller noch möglichen Innenstadtlflächen, getreu dem von Klipp vertretenen Motto „Innenverdichtung vor Außenverlängerung“. Weitere Potenziale seien durch die Stadtverwaltung gesperrt, die etwa 2008 entschied, den Garagenhof im Schäferfeld bis mindestens 2018 als Garagenstandort zu erhalten.

Auch Klipp nannte Areale, die der möglichen Wohnbebauung durch die Politik entzogen würden. Ein Beispiel dafür sei etwa der Brauhausberg, bei dem die Linke nach der Badertscheidung sage, „auf die 200 Wohnungen kommt es auch nicht an“. An der Heinrich-Mann-Allee seien ferner 300 Wohnungen betroffen, weil es Leute gebe, die sagen „Innenstadt-Tennis“ sei wichtiger als Wohnungsbau. Klipp: „Wir müssen von einem Klima der Akzeptanz zu einem Klima der Unterstützung kommen.“ Es gebe noch zu viele „Nimby's“ in der Stadt: Leute, die nach dem Sarit-Florians-Prinzip sagten: „Not in my back yard“ (deutsch: Nicht in meinem Garten/Hinterhof).

„Schreibergärten in Innenstadtlagen muss es nicht geben“, positionierte sich dazu Erich Jesse, mit eigenen Worten „Mitarbeiter von Pro Potsdam, Erscheinungsform Pojo GmbH. Unter den 81 deutschen Großstädten gebe es mit München nur eine Stadt, die noch schneller wachse als Potsdam. In Brandenburgs Landeshauptstadt sei „der Leerstand mittlerweile vollgelaufen“; von jetzt an werde der Druck auf den Wohnungsmarkt ständig steigen. Jesse: Es gebe „nur eine realistische Perspektive, und die heißt bauen, bauen, bauen!“

Allerdings bekannte daraufhin Winfried Hamann, Vorstand der Bürgerstadt AG, die in Potsdam unter anderem die Brauerstraße 1 am Alten Markt und eines der „Acht-Ecken-Häuser“ baut: „Da kriege ich Gänsehaut.“ Der Grund: „Das serielle Bauen ist vorbei. Die Bedürfnisse werden individueller.“ Hamann: Kaum ein Wohnungsgrundriss gleiche heute mehr dem anderen.

Email an Autor schreiben | Erschienen am 16.06.2012 auf Seite 20



MAZ 16.Nov. 2011

Sie befinden sich hier: Märkische Allgemeine » Lokales » Potsdam » Lokalnachrichten

16.11.2012

**Kontaktstelle in das Rathaus
Büro für Bürgerbeteiligung öffnet Mitte 2013**

POTSDAM - Das Büro für Bürgerbeteiligung, das als fester Anlauf- und Austauschpunkt von Verwaltung und Bürgerinitiativen geplant ist, soll seine Arbeit Mitte 2013 aufnehmen. Das gab Daniel Wetzel von dem mit der Vorbereitung beauftragten Medienlabor Donnerstagabend im Treffpunkt Freizeit bekannt. Das Stadtforum hatte in seiner 45. Sitzung zu einer Diskussion über Bürgerbeteiligung eingeladen.

Das Modell des Büros soll, wie es am Donnerstag hieß, bundesweit einmalig sein. Es soll paritätisch mit zwei Mitarbeitern der Stadtverwaltung und von einem freien Träger gestellten Vertretern der Bürgerschaft besetzt sein. Das Büro soll zentrale Koordinationsstelle für alle Bürgerbeteiligungsverfahren der Landeshauptstadt sein und Bürgern ebenso wie der Verwaltung beratend zur Seite stehen. Zugleich erhofft man sich ein Hinweisssystem auf Stimmungs- und Interessenlage der Bürgerschaft. In der Diskussion wurde etwa auf das kostspielige Werkstattverfahren und die anschließende Bürgerbefragung zum Bau des neuen Hallenbades für Potsdam verwiesen. Bekanntlich revidierten die Stadtverordneten erst danach ihre Entscheidung für einen Schwimmhallenneubau am Bornstedter Feld.

Im Gegensatz zu früheren Sitzungen des Forums, das regelmäßig zur Debatte von Themen von übergreifender Bedeutung einlädt, waren gestern keine Stadtverordneten im Publikum.

Dem Büro für Bürgerbeteiligung, das Räume im Rathaus beziehen wird, soll ein Beirat zur Seite gestellt werden. Die Ausschreibung zur Suche eines freien Trägers soll laut Wetzel um den Jahreswechsel erfolgen. Das Büro soll laut Stadtverordnetenbeschluss zunächst für eine Testphase von drei Jahren eingerichtet werden. Laut Oberbürgermeister Jann Jakobs (SPD) ist eine wissenschaftliche Begleitung vorgesehen. Die Stadt rechnet für die Arbeit des Büros mit einem Mehrbedarf von 150 000 Euro pro Jahr.. (V.O)

+++ KORRIGIERT +++ KORRIGIERT +++ KORRIGIERT +++

Beteiligungsbüro kommt ins Rathaus

Das geplante Büro für Bürgerbeteiligung soll nicht in den Bahnhofspassagen, sondern im Rathaus eingerichtet werden. Das sagte Rathaussprecher Stefan Schulz am Freitag. Die Bahnhofspassagen seien lediglich als zeitweilige Außenstelle im Gespräch. Wie berichtet, soll das Büro als Kontakt- und Vermittlungsstelle für Verwaltung und Bürgerinitiativen Mitte 2013 eröffnet werden.

Am Freitag hatten wir fälschlicherweise geschrieben, dass das Büro für Bürgerbeteiligung Räume in den Bahnhofspassagen beziehen wird.

17.11.2012 | von Marco Zschieck

PNN 17. Nov. 2012

Bürgerbeteiligung besser als ihr Ruf

von Marco Zschieck

Experte: Potsdam bundesweit auf einem der vorderen Plätze. Bürgerbüro soll 2013 eröffnet werden

Potsdam ist besser, als es selbst glaubt: So lautet der sinngemäß das Urteil von Serge Embacher über den Stand der Bürgerbeteiligung in der Landeshauptstadt. Der Politikwissenschaftler ist Referent beim Bundesnetzwerk Bürgerschaftliches Engagement in Berlin und sprach am Donnerstag beim Stadtforum in Treffpunkt Freizeit.

„Wenn es ein Ranking für Bürgerbeteiligung geben würde, hätte Potsdam einen der vorderen Plätze“, so Embacher. Insbesondere das derzeit laufende Projekt, die informelle Beteiligung von Bürgern durch ein Beteiligungsbüro und einen Beirat dauerhaft zu unterstützen, gefiel ihm. „Das ist schon sehr avanciert, was sie hier machen“, so Embacher. So sollen im Büro für Beteiligung sowohl Mitarbeiter der Stadtverwaltung als auch Vertreter eines freien Trägers arbeiten. Für beide Teile soll gleich viel Geld zur Verfügung gestellt werden. Nach Embachers Erfahrung ein Novum in Deutschland: „Normalerweise achten Verwaltungen immer darauf, dass sie größere Ressourcen haben als Projekte von außen.“

Das geplante Büro für Beteiligung und der Beiratsrat sollen nach einem Konzept des von der Stadt beauftragten Medienlabors Potsdam künftig die Schnittstellen zwischen Bürgern und Verwaltung bilden. Dabei sollen sie sowohl Anliegen der Bürger an die Verwaltung bringen und Informationen weitergeben als auch Hilfe anbieten, wie Bürger Einfluss auf Entscheidungen der Verwaltung nehmen können. Mit Initiativen aus den Stadtteilen soll kooperiert werden. Die genauen Arbeitsaufgaben stehen noch nicht fest und sollen im Januar der Stadtverordnetenversammlung vorgelegt werden. Die Ausschreibung für den freien Träger wird derzeit vorbereitet. Ab Mitte des kommenden Jahres soll das Büro seine Arbeit aufnehmen.

Embacher wies allerdings auch auf Probleme hin, die mit dauerhaften Formen der Bürgerbeteiligung verbunden seien. Man müsse darauf achten, dass verbindliche Verfahren keine Bürger von vornherein ausschließen. Vielen Menschen fehle beispielsweise einfach die Zeit, häufig an Sitzungen von Gremien teilzunehmen. Anderen mangle es an Informationen, um ihre Argumente vorzubringen. Embacher schlug deshalb eine Art aufsuchende Bürgerbeteiligung vor. Außerdem sei es wichtig, dass die Bürgerbeteiligung auch fest verankert werde. „Das Ganze soll ja nicht wieder rückgängig gemacht werden, wenn es mal einen anderen Bürgermeister gibt“, so Embacher. Insgesamt sehe er in den Potsdamer Ideen aber ein großes Potenzial.

Konkrete Bürgerbeteiligung soll es künftig auch im Bornstedter Feld geben. Wie der Entwicklungsträger Bornstedter Feld mitteilte, sucht die Wahlkommission noch bis zum 7. Dezember nach Kandidaten für die Interessenvertretung des Stadtteils. Die Wahl soll im Januar stattfinden. Bewohner und Gewerbetreibende seien schriftlich informiert worden. „Wir brauchen ein legitimes Gremium“, so Horst Müller-Zinsius, Chef der Pro Potsdam und des Entwicklungsträgers. Damit sollen Bedürfnisse der Bewohner und Gewerbetreibenden in die Planung aufgenommen werden. Marco Zschieck

Email an Autor schreiben | Erschienen am 17.11.2012 auf Seite 14